



Nachhaltig handeln
Baden-Württemberg

N!-Bericht

Indikatoren

Aktivitäten

Handlungsfelder

Ziele

N!-Berichte für Kommunen

Leitfaden zur Erstellung von kommunalen Nachhaltigkeitsberichten



Nachhaltigkeitsstrategie
Baden-Württemberg
Büro für kommunale
Nachhaltigkeit der LUBW



Baden-Württemberg

HERAUSGEBER

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg
Kernerplatz 9, 70182 Stuttgart
Telefon 0711 126-0, www.um.baden-wuerttemberg.de

LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg
Postfach 10 01 63, 76231 Karlsruhe
Telefon 0721 5600-0, www.lubw.baden-wuerttemberg.de

PARTNER



REDAKTION

LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg,
Referat Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung

BEARBEITUNG

Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST)/
Institut für interdisziplinäre Forschung, 69118 Heidelberg
Telefon 06221 9122-0, www.fest-heidelberg.de
Hans Diefenbacher, Rike Schweizer, Volker Teichert
mit Gerd Oelsner (LUBW)

GESTALTUNG UND UMSETZUNG

ÖkoMedia GmbH
www.oekomedia.com

Veröffentlichung: Zweite, aktualisierte Auflage, März 2015

DRUCK

W. Kohlhammer Druckerei GmbH & Co.KG, Stuttgart



Klimaneutral gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.
Das verwendete Papier ist mit dem Blauen Engel zertifiziert.

Inhalt

VORWORTE	4
Kapitel 1: Grundlagen nachhaltiger Kommunalentwicklung	6
1.1 ZUM AUFBAU DES LEITFADENS	7
1.2 NACHHALTIGKEIT UND NACHHALTIGE KOMMUNALENTWICKLUNG	8
1.3 DIE NACHHALTIGKEITSSTRATEGIE DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG	9
1.4 VON DER LOKALEN AGENDA 21 ZUR KOMMUNALEN INITIATIVE NACHHALTIGKEIT	10
1.5 DIE DREI BEREICHE KOMMUNALER NACHHALTIGKEIT	11
1.6 DIE HANDLUNGSFELDER UND SCHWERPUNKTE NACHHALTIGER KOMMUNALENTWICKLUNG	12
1.7 NACHHALTIGKEIT MESSEN – INDIKATOREN EINER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG	13
1.8 NACHHALTIGKEITSBERICHTE: BILANZIERUNG, ZIELSETZUNG, UMSETZUNG	14
1.9 NACHHALTIGKEITSBERICHTE KONKRET – AUFBAU UND STRUKTUR	15
Kapitel 2: Handlungsfelder nachhaltiger Kommunalentwicklung	16
2.1 NACHHALTIGE KOMMUNALENTWICKLUNG PRAKTISCH UMSETZEN	17
2.2 HANDLUNGSFELDER IN DEN DREI BEREICHEN DER NACHHALTIGKEIT	18
Handlungsfelder A: Ökologische Tragfähigkeit	18
Handlungsfelder B: Wirtschaft und Soziales: Gutes Leben in Kommunen	20
Handlungsfelder C: Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung	22
Kapitel 3: Indikatoren nachhaltiger Kommunalentwicklung	24
3.1 ZUR ARBEIT MIT DEN INDIKATOREN	25
3.2 DIE KERNINDIKATOREN IM ÜBERBLICK	26
Indikatoren A: Ökologische Tragfähigkeit	28
Indikatoren B: Wirtschaft und Soziales: Gutes Leben in Kommunen	34
Indikatoren C: Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung	46
Kapitel 4: Service und Quellen	52
4.1 UNTERSTÜTZUNGSANGEBOTE DER KOMMUNALEN INITIATIVE NACHHALTIGKEIT	53
4.2 ADRESSEN UND ANSPRECHPARTNER	54
BILDNACHWEIS	55
DIE KOMMUNALE INITIATIVE NACHHALTIGKEIT	56
NACHHALTIGKEITSBERICHTE DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG	57



Vorwort

Nachhaltigkeit hat viele praxisrelevante Facetten auf kommunaler Ebene. Zukünftige Herausforderungen müssen ermittelt, Chancen und Risiken bedacht werden. Dazu gehören beispielsweise die demografische Entwicklung, die Energieversorgung, Mobilitätsanforderungen und der Klimawandel.

Im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes wurde die „Kommunale Initiative Nachhaltigkeit“ ins Leben gerufen. Sie bietet vielfältige Unterstützungs- und Vernetzungsangebote für Kommunen. Neben der Unterstützung einer Nachhaltigkeitsberichterstattung bestehen Angebote etwa zur nachhaltigen Beschaffung, zum Nachhaltigkeits-Check oder zu einem Umweltmanagement in Kommunen. Nachhaltigkeit will auch von einer breiten Basis getragen sein, damit sie erfolgreich realisiert werden kann. Deshalb werden Bürgerbeteiligungsprozesse ebenso unterstützt wie Schulungen für kommunale Mitarbeiter zur Begleitung von Nachhaltigkeitsprozessen.

Kommunen sind wichtig für ein nachhaltiges Baden-Württemberg. Hier kann vor Ort lebensnah und praktisch gezeigt werden, was eine nachhaltige Politik mit guten Konzepten erreichen kann. Ich freue mich, wenn Sie die Angebote der „Kommunalen Initiative Nachhaltigkeit“ wahrnehmen und gemeinsam mit uns den Weg einer nachhaltigen Kommunalentwicklung beschreiten.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'F. Untersteller'.

Franz Untersteller MdL
Minister für Umwelt, Klima und
Energiewirtschaft Baden-Württemberg



Vorwort

Die Kommunen in Baden-Württemberg engagieren sich schon lange für eine nachhaltige Entwicklung. Sie bringen sich aktiv für die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Lebensgrundlagen unserer Gesellschaft ein. Nachhaltigkeit umfasst dabei alle wesentlichen Politikfelder. Als Beispiele seien nur die vielen Aktivitäten zur Lokalen Agenda 21, zum Umwelt- und Klimaschutz, zum Bürgerschaftlichen Engagement oder für eine familienfreundliche Kommune genannt.

Nachhaltigkeit kann nicht von oben verordnet werden. Sie muss gemeinsam mit der Bevölkerung sowie den vor Ort tätigen gesellschaftlichen Gruppen durch praktische Politik gelebt werden. Deshalb sind die Kommunen für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung die entscheidende Politikebene.

Das Ziel einer nachhaltigen Bürgerkommune ist nicht nur vorausschauende Planung, sondern die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger im Sinne von Mitdenken, Mitreden, Mitmachen und Mitverantworten. Dazu haben der Gemeindetag und der Städtetag Baden-Württemberg in den letzten Jahren umfangreiche Konzepte vorgelegt. Viele Beispiele zeigen dabei plastisch, wie durch aktive Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort gemeinsam die Politik nachhaltig gestaltet werden kann.

Dafür bedarf es auch einer engen Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen. Die Kommunalen Landesverbände unterstützen die Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg grundsätzlich und arbeiten im Beirat der Landesregierung für nachhaltige Entwicklung mit. Für die Kommunen ist dabei zur Umsetzung der gemeinsam gesetzten Ziele eine Unterstützung seitens des Landes sehr hilfreich.

Der vorliegende Leitfaden bildet dafür einen wertvollen Beitrag. Die Kommunen können ihre vielen einzelnen Nachhaltigkeitsaktivitäten systematisch erfassen und auf dieser Grundlage weiterentwickeln. Nachhaltigkeitsberichte und Indikatoren können ein gutes Hilfsmittel sein, um Erfolge zu bilanzieren und Handlungsbedarf aufzuzeigen. Weitere Serviceleistungen des Landes ermöglichen den Kommunen eine gute Umsetzung, um solche Nachhaltigkeitsberichte zu erstellen und ihre Entwicklung zukunftsfähig zu gestalten.

OB a. D. Gudrun Heute-Bluhm
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
des Städtetags Baden-Württemberg

Roger Kehle
Präsident des Gemeindetags
Baden-Württemberg

Prof. Eberhard Trumpp
Hauptgeschäftsführer des
Landkreistags Baden-Württemberg

The background consists of numerous 3D rectangular blocks of varying heights and orientations. Some blocks are white, while others are a vibrant orange. They are scattered across the frame, creating a sense of depth and texture. A large, white, rounded rectangular shape is overlaid on the bottom half of the image, serving as a container for the text.

Kapitel 1

Grundlagen nachhaltiger
Kommunalentwicklung

1.1 Zum Aufbau des Leitfadens

Nach der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro haben auch in Deutschland viele Kommunen damit begonnen, Konzepte für eine zukunftsfähige Entwicklung auszuarbeiten. Der vorliegende Leitfaden bietet Kommunen eine Arbeitshilfe zur Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten.

Kommunen können über die Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichtes ihre vielfältigen Nachhaltigkeits-Aktivitäten erfassen, bilanzieren und mithilfe von Indikatoren messen. Auf diese Weise entsteht ein Statusbericht zur nachhaltigen Entwicklung in der Kommune. Werden Nachhaltigkeitsberichte fortgeschrieben und darüber hinaus, z. B. über Bürgerbeteiligungsprozesse, klare und nachprüfbare Ziele und Maßnahmen zur kommunalen Nachhaltigkeit ermittelt und beschlossen, können Nachhaltigkeitsberichte zu einem umfassenden kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement-Instrument ausgebaut werden. Nachhaltigkeitsberichte dienen aber auch der Kommunikation. Mit ihnen können Kommunen aufzeigen, welche Anstrengungen unternommen werden, um nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Basis voranzutreiben.

Der vorliegende Leitfaden ist aus dem ersten Leitfaden zur Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten in kleinen und mittleren Kommunen hervorgegangen, der im März 2014 erstmals erschienen ist. Der Leitfaden wurde inhaltlich ergänzt und aktualisiert. Dabei wurden die Erfahrungen aus dem unter der Leitung von Herrn Professor Dr. Willfried Nobel laufenden Projekt „Nachhaltigkeitsberichterstattung in kleinen und mittleren Gemeinden“ der HfWU Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen, Institut für Landschaft und Umwelt (ILU), berücksichtigt.

AUFBAU DES LEITFADENS

Das Grundlagen-Kapitel erläutert zunächst den Begriff der Nachhaltigkeit und die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg. Kurz wird auf die Bereiche der kommunalen Nachhaltigkeit, auf Handlungsfelder nachhaltiger Kommunalentwicklung und die Bedeutung von Indikatoren eingegangen. Außerdem wird aufgezeigt, wie ein erster Nachhaltigkeitsbericht aufgebaut werden kann.

Das zweite Kapitel widmet sich umfassend wichtigen kommunalen Handlungsfeldern und Schwerpunkten für eine nachhaltige Kommunalentwicklung.

Kapitel 3 beschreibt 23 sogenannte Kernindikatoren, die für Nachhaltigkeitsberichte geeignet sind. Mithilfe dieser Indikatoren ist es möglich, die Entwicklung grundlegender Aspekte der Nachhaltigkeit darzustellen. Abschließend informiert ein kleines Service-Kapitel über Pilotprojekte und Förderprogramme der kommunalen Initiative Nachhaltigkeit und nennt wichtige Kontaktadressen.

JETZT STARTEN!

Auf Basis dieses Leitfadens sollen vor allem Kommunen in die Lage versetzt werden, eigene Nachhaltigkeitsberichte zu erstellen. Zusätzlich bietet die Kommunale Initiative Nachhaltigkeit Musterbericht-Dokumente auf MS-Word-Basis und MS-Excel-Basis zum Download an. Diese Musterbericht-Dokumente stehen zur kostenlosen Nutzung zur Verfügung unter:

www.nachhaltigkeitsstrategie.de/kommunen

1.2

Nachhaltigkeit und nachhaltige Kommunalentwicklung

Die zunehmenden Folgen des Klimawandels zeigen immer deutlicher Grenzen der industriellen Wirtschaftsweise und damit „Grenzen des Wachstums“. Der unter diesem Titel veröffentlichte Expertenbericht des Club of Rome brachte vor rund 40 Jahren das Thema der Endlichkeit von Ressourcen in die wissenschaftliche Diskussion ein, die sich dann, anderthalb Jahrzehnte später, zunehmend am Leitbild der Nachhaltigkeit orientierte.

Das Fazit des Expertenberichts des Club of Rome: Ein sehr viel sparsamerer Umgang mit den natürlichen Ressourcen ist zwingend erforderlich, um die ökologische Tragfähigkeit des Planeten nicht erheblich zu überlasten. Seinen Ursprung hat der Begriff Nachhaltigkeit dabei in der Forstwirtschaft: Es soll in einem Wald nicht mehr Holz geschlagen werden, als wieder nachwächst.

Die von den Vereinten Nationen eingesetzte Brundtland-Kommission hat vor diesem Hintergrund in ihrem 1987 vorgelegten Bericht eine Definition von Nachhaltigkeit entworfen, die weit über einen engen naturwissenschaftlich bestimmten Begriff von Grenzen der Tragfähigkeit hinausgeht. Nach dieser Definition besteht Nachhaltigkeit darin, die Bedürfnisse der Gegenwart zu befriedigen, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht mehr befriedigen können.

Auf der Konferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro über Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 haben die Regierungen unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft mit der Agenda 21 ein Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert verabschiedet, das zur Umsetzung einer global nachhaltigen Entwicklung beitragen soll. Schwerpunkte des Programms sind dabei neben der Erhaltung der natürlichen Ressourcen die sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen der weiteren

Entwicklung. Die Rolle wichtiger gesellschaftlicher Gruppen sollte gestärkt und deren Möglichkeiten zur Umsetzung ihrer Ziele verbessert werden. Kommunen wurden als wichtige Akteure erkannt und wahrgenommen; sie erhielten in der Agenda 21 ein eigenes Kapitel. Als solide Grundlage für Entscheidungen sollten Indikatoren und Kennzahlen auf allen Ebenen entwickelt werden. Damit wurde nachhaltige Entwicklung zu einem weltweit geltenden Leitbild erhoben, das die internationale und nationale Politik ebenso bestimmen soll wie das Handeln in den einzelnen Städten und Gemeinden.

Grundlage ist dabei ein umfassendes Nachhaltigkeitsverständnis, in dem ökonomische, ökologische und soziale Belange gleichermaßen berücksichtigt werden. Die Belastbarkeit der Erde und der Natur sowie die Endlichkeit der Ressourcen setzen dabei die Grenzen. Die Vereinten Nationen bekräftigten dies 2012 mit dem Dokument „Die Zukunft, die wir wollen“ als Ergebnis einer UNCED-Folgekonferenz: „Wir sind uns daher der Notwendigkeit bewusst, die nachhaltige Entwicklung weiter systematisch auf allen Ebenen zu etablieren, ihre wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekte unter Berücksichtigung der zwischen ihnen bestehenden Verbindungen zu integrieren und so eine nachhaltige Entwicklung in allen ihren Dimensionen herbeizuführen“ (UN-Resolution 66/288 vom 27. Juli 2012).



1.3

Die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg

Baden-Württemberg steht vor großen Herausforderungen. Dazu zählen nicht zuletzt die Folgen des Klimawandels, die Verknappung der natürlichen Ressourcen, die ökologische und soziale Modernisierung der Wirtschaft und der demografische Wandel. Nachhaltige Entwicklung ist deshalb für das Land von zentraler Bedeutung.

Die Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg hat seit ihrem Beginn 2007 eine Plattform geboten, um Fragen nachhaltiger Entwicklung ressortübergreifend und in Kooperation mit den gesellschaftlichen Akteuren anzugehen. Mit der Neuausrichtung der Nachhaltigkeitsstrategie im Jahre 2011 will die Landesregierung Nachhaltigkeit zum zentralen Bestandteil der Landespolitik machen und ein Forum anbieten, um wichtige Fragen nachhaltiger Entwicklung zu diskutieren und umzusetzen. Folgende Elemente stehen hier im Fokus:

- Der Beirat der Landesregierung für nachhaltige Entwicklung mit Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft fungiert als Beratungsgremium des Ministerpräsidenten zu allen Fragen nachhaltiger Entwicklung.
- Nachhaltigkeit soll durch konkrete, überprüfbare Ziele und Indikatoren messbar gemacht werden. Hierzu wurden 2013 zu den drei Bereichen Ökologische Tragfähigkeit, Teilhabe und Gutes Leben sowie den Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Entwicklung über 40 objektive und subjektive Indikatoren für Baden-Württemberg erarbeitet. 2014 ist der erste Indikatorenbericht erschienen. Anfang 2015 wurden die Nachhaltigkeitsberichte der Landesministerien veröffentlicht.
- Die Nachhaltigkeitsstrategie konzentriert sich auf wichtige Schwerpunktbereiche wie Klima und Energie, Ressourcen, Bildung für nachhaltige Entwicklung, nachhaltige Mobilität und Integration. Lösungsansätze und Umsetzungskonzepte werden im Rahmen von Aktionsprogrammen erarbeitet.
- Weitere Akteure werden durch die „Kommunale Initiative Nachhaltigkeit“, die „Jugendinitiative Nachhaltigkeit“ und die „Wirtschaftsinitiative Nachhaltigkeit“ in den Prozess eingebunden. Die „Kommunale Initiative Nachhaltigkeit“ knüpft an frühere Aktivitäten an und bietet Gemeinden, Städten und Landkreisen Unterstützungsmodule zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung.



1.4 Von der Lokalen Agenda 21 zur Kommunalen Initiative Nachhaltigkeit

Die Umsetzung der Agenda 21 in den Kommunen wurde vom Land Baden-Württemberg seit 1998 durch die Einrichtung eines landesweiten Agenda-Büros mit Veranstaltungen, Publikationen und Förderprogrammen unterstützt. Jede dritte Kommune beschloss in den folgenden Jahren im Gemeinderat eine „Lokale Agenda 21“, bundesweit war es jede fünfte.

Diese Prozesse wurden besonders durch das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in thematischen Arbeitskreisen geprägt, aus denen viele Projekte hervorgingen. Weitere wesentliche Impulse waren die Einführung von Umwelt- und Energiemanagementsystemen sowie von Nachhaltigkeitsindikatoren; beides kann als Instrument für eine nachhaltige Kommunalentwicklung eingesetzt werden. Ferner fanden Methoden zur Bürgerbeteiligung wie Zukunftswerkstätten eine große Verbreitung. Die Lokalen Agenda-21-Prozesse erlebten in den folgenden Jahren einerseits eine Ausdifferenzierung in verschiedene Themen wie Klimaschutz, nachhaltiger Konsum oder Eine Welt und Faire Beschaffung, andererseits eine Verschmelzung der kommunalen Agenda-Büros mit den örtlichen Geschäftsstellen des Bürgerschaftlichen Engagements.

Nach dieser ersten Phase wurde 2005 unter Einbeziehung der beteiligten Akteure eine Zwischenbilanz gezogen und eine Neukonzeption vorgenommen. Für die Weiterführung der Lokalen Agenda 21 sollten dabei, anknüpfend an die bisherigen Erfolge, vor allem einzelne Bausteine umgesetzt werden, die die Hauptzielsetzungen der Bürgerbeteiligung einerseits und der nachhaltigen Entwicklung andererseits schrittweise in den Kommunen umsetzen. Diese Grundlagen für

die weitere Arbeit wurden in dem vom Ministerrat beschlossenen Umweltplan Baden-Württemberg für die Jahre 2007 bis 2012 genauer beschrieben. Schwerpunkte waren dabei die Themen Konsumverhalten, kommunales Nachhaltigkeitsmanagement in der Verwaltung sowie, als zentrales Thema, der Klimaschutz. Besonders der letzte Schwerpunkt wurde in den Kommunen seitdem landesweit bearbeitet, was zahlreiche Beispiele für lokale Energietage, Bürgersolaranlagen und Energiegenossenschaften, ehrenamtliche Energie-Initiativen und Klimaschutzkonzepte belegen.

Im Dezember 2011 hat das Landeskabinett beschlossen, im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg auch eine „Kommunale Initiative Nachhaltigkeit“ einzurichten. Ziel der Initiative ist es, nachhaltiges Handeln fest in den Kommunen zu verankern, Kommunen bei der Einführung von Instrumenten des Nachhaltigkeitsmanagements zu unterstützen und die Aktivitäten der Kommunen, Städte und Landkreise im Bereich der Nachhaltigkeit mit denen des Landes zu verknüpfen. Um dieser Zielsetzung gerecht zu werden, wurde 2013 bei der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW) das Agenda-Büro zum Nachhaltigkeitsbüro weiterentwickelt.

1.5

Die drei Bereiche kommunaler Nachhaltigkeit

Nachhaltige Entwicklung ist eine Querschnittsaufgabe. Um den abstrakten Begriff der Nachhaltigkeit in den kommunalpolitischen Alltag zu übersetzen, muss er greifbar gemacht werden.

Der vom Freiburger Oberberghauptmann Carl von Carlowitz (1645–1714) geprägte Nachhaltigkeitsbegriff für die Waldwirtschaft legte den Grundstein zum Verständnis von Nachhaltigkeit als ressourcenökonomisches Prinzip.

Heute betrifft Nachhaltigkeit nahezu alle Lebensbereiche. Daher wird der Nachhaltigkeitsbegriff weiter gefasst. Beim aktuellen Verständnis von Nachhaltigkeit geht es daher darum, ökologische, ökonomische und soziale Aspekte zu berücksichtigen und diese, in einer Art Dreiklang, zusammenzuführen.

Bei der Übersetzung des Begriffs der nachhaltigen Entwicklung in den politischen Alltag wurde seitens des Beirats der Landesregierung für nachhaltige Entwick-

lung von der klassischen Darstellung der Nachhaltigkeit über die Säulen Ökologie, Ökonomie und Soziales abgewichen.

Die Bestimmung der wesentlichen Inhalte kommunaler Nachhaltigkeit erfolgt, in Anlehnung an die Definition von Nachhaltigkeit der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg, in den drei Bereichen:

A: ÖKOLOGISCHE TRAGFÄHIGKEIT

**B: WIRTSCHAFT UND SOZIALES:
GUTES LEBEN IN KOMMUNEN**

**C: RAHMENBEDINGUNGEN EINER NACH-
HALTIGEN KOMMUNALENTWICKLUNG**





1.6 Die Handlungsfelder und Schwerpunkte nachhaltiger Kommunalentwicklung

Die Übersetzung des sehr allgemeinen Begriffs der nachhaltigen Entwicklung in ein politikfähiges Konzept macht es auch notwendig, ihn in den Alltag der Kommunalpolitik zu übertragen.

Die Bestimmung der wesentlichen Inhalte kommunaler Nachhaltigkeit kann dabei über die Formulierung einzelner Schwerpunkte geschehen, die kommunale Handlungsfelder beschreiben.

Wichtige Handlungsfelder hat der Städtetag Baden-Württemberg 2008 in seinem „Positionspapier zur Nachhaltigkeitsstrategie des Landes – Gemeinsam für eine nachhaltige Zukunft in Baden-Württemberg“ beschrieben. Als bundesweites Positionspapier sind „Strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen“ erschienen, die 2010 im Rahmen des Dialogs „Nachhaltige Stadt“ von Oberbürgermeistern erstellt wurden. Bei dieser Initiative des Rats für nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung waren Kommunen aus Baden-Württemberg besonders stark vertreten. Sie haben auf kommunaler Ebene, wie viele andere Städte auch, Konzepte für eine nachhaltige Stadtentwicklung vorgelegt. In der Europäischen Union wurde 2007 die „LEIPZIG CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt“ als Dokument der Mitgliedsstaaten verabschiedet.

Die folgende Aufstellung enthält Schwerpunktthemen für eine nachhaltige Stadtentwicklung, die nicht nur auf der Grundlage der genannten Dokumente von besonderer Bedeutung sind, sondern sich auch in der praktischen Arbeit als zentrale Ansatzpunkte erwiesen haben. Diese Themen werden hier nun den drei Bereichen der nachhaltigen Entwicklung zugeordnet, die auf Landesebene in Baden-Württemberg Verwendung finden.

A: ÖKOLOGISCHE TRAGFÄHIGKEIT KOMMUNALE HANDLUNGSFELDER

- Klimaschutz und Energiewende
- Nachhaltige Mobilität
- Natürliche Ressourcen

B: WIRTSCHAFT UND SOZIALES: GUTES LEBEN IN KOMMUNEN KOMMUNALE HANDLUNGSFELDER

- Zukunftsfähiges Wirtschaften und Arbeiten
- Soziale, gesunde und sichere Stadt/Kommune
- Kultur und Bildung
- Familienfreundlichkeit und eine ausgewogene Bevölkerungsentwicklung
- Miteinander, Integration und Gleichberechtigung

C: RAHMENBEDINGUNGEN EINER NACH- HALTIGEN KOMMUNALENTWICKLUNG KOMMUNALE HANDLUNGSFELDER

- Rahmen für eine nachhaltige, zukunftsfähige Kommunalentwicklung
- Kommunales Nachhaltigkeitsmanagement
- Fiskalische Nachhaltigkeit
- Bürgerbeteiligung
- Bürgerengagement
- Interkommunale Zusammenarbeit
- Globale Verantwortung



1.7

Nachhaltigkeit messen – Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung

Nachhaltige Kommunalentwicklung soll kein vages Ziel sein, sondern konkret umgesetzt werden. Dazu muss Nachhaltigkeit messbar und überprüfbar gemacht werden. Indikatoren spielen dabei eine zentrale Rolle.

Indikatoren sind Kennzahlen, mit deren Hilfe es möglich ist, die Entwicklung grundlegender Aspekte der Nachhaltigkeit darzustellen. Auf diese Weise entsteht ein objektives Bild über den Grad der nachhaltigen Entwicklung einer Kommune. Mithilfe der erfassten Daten kann außerdem eine retrospektivische Trendbeschreibung der nachhaltigen Entwicklung erfolgen.

Hat eine Kommune klare Ziele für eine nachhaltige Entwicklung formuliert und festgeschrieben, helfen Indikatoren bei der Überprüfung der gesetzten Zielvorgaben.

Zur Messung und Status-Bestimmung der nachhaltigen Entwicklung in Kommunen steht ein Kernindikatorensetz von 23 Nachhaltigkeits-Indikatoren zur Verfügung.

Diese Kernindikatoren umfassen alle drei Bereiche kommunaler Nachhaltigkeit.

A: ÖKOLOGISCHE TRAGFÄHIGKEIT

**B: WIRTSCHAFT UND SOZIALES:
GUTES LEBEN IN KOMMUNEN**

**C: RAHMENBEDINGUNGEN EINER NACH-
HALTIGEN KOMMUNALENTWICKLUNG**

Alle Indikatoren können den bereits beschriebenen kommunalen Handlungsfeldern zugeordnet werden.

Bei der Auswahl der Indikatoren wurde auf eine besonders gute Datenverfügbarkeit geachtet. In Kapitel 3 dieses Leitfadens werden die 23 Kernindikatoren ausführlich beschrieben. Außerdem wird dort auch über die Möglichkeiten der Datenbeschaffung informiert.

Nachhaltigkeitsberichte: Bilanzierung, Zielsetzung, Umsetzung

Nachhaltigkeitsberichte und Indikatoren zeigen nur dann konkrete Wirkung, wenn sie in die politische Willensbildung und Aktivitäten für eine nachhaltige Kommunalentwicklung mit einbezogen werden.

Mit Nachhaltigkeitsberichten können Kommunen ihre vielfältigen N!-Aktivitäten erfassen, bilanzieren, strukturieren und dokumentieren. Auf dieser Grundlage können Ziele formuliert werden, die der nachhaltigen Entwicklung und der Zukunftsfähigkeit der Kommune eine Richtung vorgeben.

Nachhaltigkeitsberichte gehen über reine Indikatorenberichte deutlich hinaus. Hier werden kommunale Indikatorensätze mit der konkreten Umsetzung verknüpft. Damit werden Nachhaltigkeitsberichte zugleich zu echten Steuerungsinstrumenten im Sinne eines Nachhaltigkeitsmanagements der Kommune für die nachhaltige Entwicklung.

Zentraler Ansatzpunkt ist die Fokussierung auf Handlungsfelder. Innerhalb der einzelnen Handlungsfelder werden kommunale N!-Aktivitäten, wichtige Leuchtturmprojekte, Indikatoren sowie Ziele und Maßnahmen zur Erreichung der gesteckten Ziele dargestellt.

Ziele und Maßnahmen

Neben der Bestandsaufnahme (N!-Aktivitäten, Leuchttürme und Indikatoren), die stets einen Vergangenheitsbezug hat, ist der Blick auf die Zukunft zu richten. Wie will ich morgen leben? Welche Ziele will sich die Kommune setzen, um ein gutes Leben in der Zukunft zu sichern? Und mit welchen Maßnahmen sollen die Ziele erreicht werden?

Die Bürgerschaft beteiligen

In dem Prozess der Zielfindung ist es ratsam, die Bürgerschaft mit einzubinden. Dies kann in „Nachhaltigkeitswerkstätten“ geschehen. Hier wird der N!-Bericht gemeinsam mit der Bürgerschaft analysiert und es werden Empfehlungen im Hinblick auf Ziele und Maßnahmen zur Zielerreichung ausgesprochen. Das Land

fördert diese N!-Werkstätten mit einem Zuschuss für die externe Moderation der Veranstaltung (siehe Seite 53). Auf dieser Grundlage kann dann die politische Legitimation erfolgen, indem Zielsetzungen und Maßnahmen im Rahmen eines politischen Prozesses festgelegt werden. Soweit möglich sollten Ziele nicht lediglich qualitative Aussagen darstellen, sondern mit einem Zielwert versehen und damit messbar werden.

Hinweis: In der ausführlichen Darstellung der Indikatoren in Kapitel 3 werden unter der Zwischenüberschrift „Zur Diskussion von Zielen“ spezifische Hinweise zur Zielfindung gegeben.

Nachhaltigkeitsberichte als Managementinstrument

Mit einer regelmäßigen Neuauflage des Nachhaltigkeitsberichts kann eine Überarbeitung, gegebenenfalls eine Schärfung oder Neuausrichtung der Ziele und Maßnahmen verbunden werden, möglichst wieder mit Beteiligung der Bürgerschaft. Auf diese Weise kann eine Kommune einen stetigen Prozess der Verbesserung auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung in Gang setzen.

Unterstützungsangebote des Landes

Zur Verknüpfung der unterschiedlichen Elemente einer erfolgreichen nachhaltigen Kommunalentwicklung gibt es seitens des Landes Unterstützungsangebote, z. B.:

- Externe Beratung zur Nutzung und Abstimmung von Leitsätzen, Zielen und Indikatoren. Damit können evtl. vorhandene Elemente für Prozesse einer nachhaltigen Kommunalentwicklung besser genutzt, ausgebaut und verknüpft werden.
- Einführung eines kommunalen Nachhaltigkeitsmanagementzyklus auf Basis eines N!-Berichtes. Bis zu 50 Kommunen können an dem Projekt in 2015 teilnehmen.

Weitere Informationen: siehe Seite 53.

1.9 Nachhaltigkeitsberichte konkret – Aufbau und Struktur

Welche Elemente sollten in kommunalen Nachhaltigkeitsberichten vorkommen und wie unterscheidet sich der erste von weiteren N!-Berichten?

AUFBAU ERSTER NACHHALTIGKEITSBERICHT

Der erste Nachhaltigkeitsbericht dokumentiert vor allem den Stand der kommunalen Nachhaltigkeit. So könnte ein kommunaler Nachhaltigkeitsbericht aufgebaut sein:

Titelseite

Impressum

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Profil der Kommune

Kapitel 1: Grundlagen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung

- Zweck des Nachhaltigkeitsberichts
- Darstellung der drei Bereiche der Nachhaltigkeit
- Kurze Darstellung des Aufbaus des Berichts
- Erklärung Nachhaltige Entwicklung

Kapitel 2: Handlungsfelder und Indikatoren nachhaltiger Kommunalentwicklung

- Auflistung der kommunalen Handlungsfelder
- Darstellung der kommunalen Nachhaltigkeitsaktivitäten (Aktivitäten der Kommune, Projekte der Bürgerschaft, Leuchttürme) getrennt nach kommunalen Handlungsfeldern und Überprüfung der kommunalen Nachhaltigkeit mithilfe von Indikatoren innerhalb dieser Handlungsfelder
- Stand der Nachhaltigkeit im jeweiligen kommunalen Handlungsfeld

Kapitel 3: Fazit und Ausblick

- Fazit zum Stand der Nachhaltigkeit
- Wie geht es weiter?
 - Darstellung von aus schon vorhandenen Zielen abgeleiteten Maßnahmen oder
 - Darstellung des Zielfindungsprozesses mit Festlegung der Maßnahmen ggf. unter Beteiligung der Bürgerschaft. Wie und bis wann soll der Prozess in Gang gesetzt werden?

Kapitel 4: Service und Quellen

- Quellenangaben, Bildnachweise
- Ansprechpartner und Adressen

WEITERE NACHHALTIGKEITSBERICHTE

In den zweiten und die weiteren Nachhaltigkeitsberichte sollen dann stärker Ziele und Maßnahmen zur Erreichung der Ziele einfließen.

! MUSTERBERICHTE ZUM DOWNLOAD:

Die Kommunale Initiative Nachhaltigkeit bietet Musterbericht-Dokumente auf MS-Word-Basis und MS-Excel-Basis zum Download an. Diese Musterbericht-Dokumente stehen zur kostenlosen Nutzung zur Verfügung unter:

www.nachhaltigkeitsstrategie.de/kommunen



Kapitel 2

Handlungsfelder
nachhaltiger
Kommunalentwicklung

2.1 Nachhaltige Kommunalentwicklung praktisch umsetzen

Wie sieht es eigentlich mit der praktischen Umsetzung nachhaltiger Kommunalentwicklung aus? In den meisten Kommunen gibt es bereits unterschiedliche Aktivitäten zum Thema nachhaltige Entwicklung.

Diese Aktivitäten der Bürgerschaft bzw. die Maßnahmen der Kommune zur Erreichung der gesetzten Ziele sollen im Nachhaltigkeitsbericht einer Kommune dargestellt und zusammenfassend beschrieben werden. Bei dieser Darstellung ist es sinnvoll, die einzelnen Aktivitäten und Maßnahmen thematisch nach kommunalen Handlungsfeldern zu gliedern – das schafft klare Strukturen.

! HINWEIS AUF LEUCHTTURMPROJEKTE
Im kommunalen Nachhaltigkeitsbericht können auch besonders nachhaltige „Leuchtturmprojekte“ der Kommune beschrieben werden. In den Musterbericht-Vorlagen ist hierfür Raum vorgesehen.

Auf der Grundlage kommunaler Konzepte und Positionspapiere wurden 15 praxisnahe kommunale Handlungsfelder nachhaltiger Entwicklung zusammengestellt (siehe Seite 12). Kommunen können bei Bedarf weitere, eigene Handlungsfelder hinzufügen. Sollten zu

den vorgeschlagenen Handlungsfeldern keine kommunalen Aktivitäten vorliegen, werden diese vorerst nicht aufgenommen.

Sie sollten aber als Merkposten und Anstoß dienen, hier Aktivitäten ins Auge zu fassen. Werden neue Handlungsfelder beschrieben, sollten dafür entsprechende Indikatoren gesucht werden.

Im Folgenden werden diese kommunalen Handlungsfelder, geordnet nach den drei Bereichen kommunaler Nachhaltigkeit, ausführlich beschrieben.

Um den direkten Bezug zu den 23 Kernindikatoren herstellen zu können, werden die jeweils passenden Indikatoren den entsprechenden Handlungsfeldern zugeordnet.

Ausführliche Informationen zu den Kernindikatoren und zur Arbeit mit ihnen liefert das Kapitel 3.

2.2 Handlungsfelder in den drei Bereichen der Nachhaltigkeit

A: Ökologische Tragfähigkeit

Lebenswerte Kommunen brauchen eine intakte natürliche Umwelt und müssen deren ökologische Tragfähigkeit berücksichtigen. Dies bedeutet vor allem einen sparsamen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen, den Erhalt der Artenvielfalt und einen verstärkten Klimaschutz, um dem Klimawandel Einhalt zu gebieten.

HANDLUNGSFELD KLIMASCHUTZ UND ENERGIEWENDE

Die Kommune treibt den Klimaschutz und die Energiewende voran:

Die Kommune fördert Energiesparen und die Nutzung erneuerbarer Energien. Sie informiert und beteiligt die Bevölkerung zum Beispiel durch Energietage und Bürgersolaranlagen. Sie erstellt unter Beteiligung lokaler Akteure und der Bürgerschaft Klimaschutzprogramme als Handlungsrahmen und setzt sie mit diesen gemeinsam um.

Nachhaltigkeitsindikatoren zu diesem Handlungsfeld

A1 Verbesserter Klimaschutz

Verursacherbezogene Emissionen an Kohlendioxid in Tonnen pro Einwohnerin und Einwohner

A2 Ausbau der erneuerbaren Energien (Strom)

Gesamtleistung der installierten Fotovoltaikanlagen in Kilowatt pro Einwohnerin und Einwohner

HANDLUNGSFELD: NACHHALTIGE MOBILITÄT

Die Kommune fördert eine nachhaltige Mobilität: Mobilität als Grundbedürfnis einer modernen Gesellschaft muss sozial, ökologisch und stadt- bzw. landgerecht gestaltet werden. Nötig ist die Verminderung umwelt- und gesundheitsbelastender Auswirkungen

durch Schadstoffe oder Lärm. ÖPNV sowie Rad- und Fußverkehr sollen gefördert, die umweltfreundliche Nutzung des Autos durch Carsharing oder Fahrgemeinschaften unterstützt werden.

Nachhaltigkeitsindikator zu diesem Handlungsfeld

A3 Umfang des motorisierten Individualverkehrs

Zahl der Personenkraftwagen pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner

HANDLUNGSFELD: NATÜRLICHE RESSOURCEN

Die Kommune geht sorgsam mit unseren natürlichen Ressourcen um:

Die Kommune schont die natürlichen Ressourcen durch Maßnahmen zum Natur- und Artenschutz, zum sparsamen Umgang mit Flächen und zum Vermeiden und Recycling von Abfällen. Sie mindert die Umweltbelastungen von Boden, Wasser und Luft.

Nachhaltigkeitsindikatoren zu diesem Handlungsfeld

A4 Sparsamer Flächenverbrauch

Siedlungs- und Verkehrsfläche in Prozent der Gesamtfläche

A5 Stärkung des Naturschutzes

Bundeseinheitlich streng geschützte Gebiete des Naturschutzes in Prozent der Gesamtfläche



B: Wirtschaft und Soziales: Gutes Leben in der Kommune

Um gute Lebensbedingungen für die Menschen vor Ort zu schaffen und deren Bedürfnisse zu befriedigen, sind vor allem eine gesunde Wirtschaft, eine ausreichende Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen und eine intakte soziale Gemeinschaft notwendig.

HANDLUNGSFELD ZUKUNFTSFÄHIGES WIRTSCHAFTEN UND ARBEITEN

Die Kommune fördert zukunftsfähiges Wirtschaften und Arbeiten:

Ökonomisch bedingt eine nachhaltige Entwicklung vor Ort eine Stärkung der lokalen und regionalen Wirtschaft und Wertschöpfung: durch Sicherung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen vor Ort und in der Region, durch Förderung regionaler Produkte und Wirtschaftskreisläufe, durch den Ausbau des Tourismus, durch Unterstützung einer vielfältigen und innovativen Wirtschaftsstruktur sowie durch ein ökologisches und Ressourcen sparendes Wirtschaften.

Nachhaltigkeitsindikatoren zu diesem Handlungsfeld

B1 Verringerung der Arbeitslosigkeit

Anzahl der Arbeitslosen insgesamt und nach Geschlecht

B2 Hohes Niveau von Aus- und Weiterbildung

Anzahl der Auszubildenden pro 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort

B3 Schaffung von Arbeitsplätzen

Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort in Prozent der Altersgruppe zwischen 18 und 65 Jahren

HANDLUNGSFELD SOZIALE, GESUNDE UND SICHERE STADT/KOMMUNE

Die Kommune fördert eine soziale, gesunde und sichere Stadt:

Bezahlbarer, ansprechender und energiesparender Wohnraum sind wichtige Handlungsfelder einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Das Wohnumfeld muss im Interesse aller Menschen in der Kommune gestaltet werden. Dazu gehört eine angemessene soziale und

ökologische Infrastruktur, wie etwa eine gute medizinische Versorgung. Sicherheit ist eine wesentliche Voraussetzung für ein lebendiges, öffentliches Stadtleben und kann zum Beispiel durch Präventionsarbeit erhöht werden.

Nachhaltigkeitsindikatoren zu diesem Handlungsfeld

B4 Hoher regionaler Versorgungsgrad

Anzahl von Ärzten pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner

B5 Hohes Sicherheitsniveau

Bekannt gewordene Straftaten pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner

HANDLUNGSFELD KULTUR UND BILDUNG

Die Kommune unterstützt Kultur und Bildung:

Das Kultur-, Bildungs- und Freizeitangebot ist wichtig für die Lebensqualität der Kommune. Für eine zukunftsfähige Entwicklung ist eine neue Alltagskultur der Nachhaltigkeit erforderlich. Kommunen können entsprechende Angebote zur Aufklärung und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung unterstützen, die eine entsprechende Lebensweise durch Aktionen, wie Nachhaltigkeitstage oder ein gutes Angebot von Büchern und anderen Medien in den Bibliotheken, fördern.

Nachhaltigkeitsindikatoren zu diesem Handlungsfeld

B6 Gute Ausstattung der Bibliotheken

Medienbestand in öffentlich zugänglichen Bibliotheken pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner

B7 Gute Schulbildung

Anteil der Übergänge an weiterführende Schulen in Prozent aller Grundschulabgängerinnen und -abgänger



HANDLUNGSFELD FAMILIENFREUNDLICHKEIT UND EINE AUSGEWOGENE BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

Die Kommune fördert Familienfreundlichkeit und eine ausgewogene Bevölkerungsentwicklung:

Die Kommunen stellen sich den bevorstehenden Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung, die durch den demografischen Wandel und durch eine regionale Ungleichverteilung von Wanderungsbewegungen hervorgerufen werden. Notwendig sind unter anderem eine verstärkte Förderung der Familien- und Kinderfreundlichkeit, die Berücksichtigung des zunehmenden Anteils älterer Menschen, aber auch die Attraktivität der Kommunen für junge Menschen.

Nachhaltigkeitsindikatoren zu diesem Handlungsfeld

B8 Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen

Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts

B9 Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur

Zahl der Zu- und Fortzüge pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner und Wanderungssaldo

B10 Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerungsentwicklung insgesamt

HANDLUNGSFELD MITEINANDER, INTEGRATION UND GLEICHBERECHTIGUNG

Die Kommune fördert das Miteinander, Integration und Gleichberechtigung:

Die Kommunen fördern gemeinsam mit Organisationen der Zivilgesellschaft, wie zum Beispiel den Vereinen, das Zusammenleben und den sozialen Zusammenhalt vor Ort sowie die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund. Die Kommune unterstützt die Inklusion von Menschen mit Behinderungen und fördert sozial Benachteiligte. Alle Menschen sollen unabhängig von Herkunft, Religion, Nationalität, Alter oder Geschlecht gleichberechtigt am Kommunalgeschehen teilhaben können (Chancengerechtigkeit).

Nachhaltigkeitsindikatoren zu diesem Handlungsfeld

B11 Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben

Anteil von Frauen in der Kommunalvertretung in Prozent

B12 Minderung von Armut

Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld (ALG) II, Sozialgeld und von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner

C: Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung

Für eine zukunftsfähige und nachhaltige Entwicklung müssen die Kommunen auf geänderte Rahmenbedingungen reagieren, Nachhaltigkeit umfassend als Querschnittsaufgabe begreifen, als Vorbild vorangehen und die Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung der Gemeinde beteiligen.

HANDLUNGSFELD RAHMEN FÜR EINE NACHHALTIGE, ZUKUNFTSFÄHIGE KOMMUNALENTWICKLUNG

Die Kommune schafft den Rahmen für eine nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung:

Nachhaltigkeit braucht Ziele und Leitplanken: Die Kommune erarbeitet unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ein Leitbild und Ziele zur nachhaltigen Zukunftsgestaltung der Kommune.

Durch einen politischen Beschluss werden das Leitbild, die strategischen und operativen Ziele bzw. Maßnahmen und Indikatoren für eine nachhaltige Kommunalentwicklung festgelegt, in regelmäßigen Abständen erhoben und im Rahmen von Nachhaltigkeitsberichten veröffentlicht. Nach Möglichkeit werden die Ziele quantifiziert und der Zielerreichungsgrad ermittelt.

HANDLUNGSFELD KOMMUNALES NACHHALTIGKEITS-MANAGEMENT

Die Kommune unterhält ein kommunales Nachhaltigkeitsmanagement:

Die Kommune geht mit gutem Vorbild für eine nachhaltige Entwicklung voran: In der Verwaltung wird ein Energie- beziehungsweise ein Umweltmanagement eingeführt, Entscheidungen werden auf Nachhaltigkeit überprüft, bei der Beschaffung werden ökologische, regionale und faire Produkte bevorzugt.

Nachhaltigkeitsindikatoren zu diesem Handlungsfeld

C1 Gutes kommunales Energiemanagement

Energieverbrauch kommunaler Liegenschaften pro Quadratmeter genutzter Fläche in Kilowattstunden

C2 Nachhaltige kommunale Beschaffung

Anteil von Recyclingpapier am Papierverbrauch kommunaler Einrichtungen in Prozent

HANDLUNGSFELD FISKALISCHE NACHHALTIGKEIT

Die Kommune achtet auf fiskalische Nachhaltigkeit: Finanzielle Ressourcen müssen genauso wie ökologische Ressourcen nachhaltig bewirtschaftet werden. Deshalb sind ein ausgeglichener Haushalt und der Schuldenabbau zugunsten kommender Generationen zentrale Ziele einer nachhaltigen Kommunalpolitik.

Nachhaltigkeitsindikator zu diesem Handlungsfeld

C3 Gesunde Struktur des Öffentlichen Haushalts

Kommunale Schulden pro Einwohnerin und Einwohner

HANDLUNGSFELD BÜRGERBETEILIGUNG

Die Kommune fördert die Bürgerbeteiligung:

Eine zukunftsfähige Entwicklung der Kommune ist nur mit einer umfassenden Beteiligung der Bürgerschaft und der Akteure vor Ort möglich. Die Kommune beteiligt deshalb die Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen auch über die gesetzlichen Vorgaben hinaus, zum Beispiel durch Zukunftswerkstätten und Bürgerbefragungen. Die Kommune sorgt für größtmögliche Transparenz durch eine adäquate Information der Bevölkerung, etwa in Bürgerversammlungen und über Veröffentlichungen der Gemeinde.

Nachhaltigkeitsindikatoren zu diesem Handlungsfeld

C4 Hohes demokratisches Engagement

Wahlbeteiligung bei Wahlen zur Kommunalvertretung und bei Bürgermeisterwahlen in Prozent

C5 Hohe Bürgerbeteiligung

Anzahl der Bürgerversammlungen nach Gemeindeordnung



HANDLUNGSFELD BÜRGERENGAGEMENT

Die Kommune fördert das Bürgerengagement:

Eine vielfältige Vereinsstruktur und bürgerschaftliches Engagement zeichnen eine lebendige Kommune aus. Die Kommune kann diese Aktivitäten fördern: durch eine kommunale Anlaufstelle beziehungsweise einen Ansprechpartner in der Verwaltung, durch Unterstützung von Vereinen, Projekten und Initiativen und durch eine Kultur der Anerkennung (z. B. Empfänge und Auszeichnungen).

Nachhaltigkeitsindikator zu diesem Handlungsfeld

C6 Hohes ehrenamtliches Engagement

Zahl der eingetragenen Vereine pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner

HANDLUNGSFELD INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT

Die Kommune fördert die interkommunale Zusammenarbeit:

Besonders kleinere Kommunen und Gemeinden im ländlichen Raum können durch interkommunale und regionale Kooperationen die notwendige Infrastruktur zum Beispiel für neue Arbeitsplätze, Bildungseinrichtungen, den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) oder für ihr Kulturangebot besser bereitstellen. Beispiele sind gemeinsame Einrichtungen, Flächenpools, Mobilitätskonzepte, Klimaschutz- und Energiekonzepte oder Energiegenossenschaften.

HANDLUNGSFELD GLOBALE VERANTWORTUNG

Die Kommune nimmt ihre globale Verantwortung wahr:

Die Weltoffenheit einer Kommune zeigt sich auch in der Unterstützung des fairen Handels sowie von Projekten in Kommunen und Partnerschaften mit Kommunen in Entwicklungsländern.



Kapitel 3

Indikatoren nachhaltiger
Kommunalentwicklung

3.1 Zur Arbeit mit den Indikatoren

Um gesetzte Ziele nachhaltiger Kommunalentwicklung überprüfbar zu machen, braucht es Kennzahlen, sogenannte Indikatoren. Sie erlauben es, die Entwicklung kommunaler Aspekte der Nachhaltigkeit darzustellen. Mithilfe der erfassten Daten kann eine Trendbeschreibung der nachhaltigen Entwicklung retrospektivisch über einen Zeitraum von circa zehn Jahren erfolgen. Gleichzeitig helfen Indikatoren, den Prozess der Zielerreichung zu überprüfen und zu verbessern.

Im Folgenden werden 23 Indikatoren beschrieben, die sich alle auch für kleine und mittlere Kommunen eignen. Sie beleuchten mit drei Ausnahmen alle kommunalen Handlungsfelder für eine nachhaltige Entwicklung. Dabei wurde besonders auf eine gute Datenverfügbarkeit geachtet.

WOHER KOMMEN DIE DATEN FÜR DIE INDIKATOREN

Für viele Indikatoren sind die Daten im Internet nach Kommunen abrufbar. Als einer der größten Informationsdienstleister in Baden-Württemberg bietet das Statistische Landesamt auf seinen Internetseiten in einem extra Service „Kommunale Nachhaltigkeit“ die Daten für einen Großteil der Indikatoren an:

[www.statistik.baden-wuerttemberg.de/
UmweltVerkehr/Kommunale_Nachhaltigkeit/](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/UmweltVerkehr/Kommunale_Nachhaltigkeit/)

Die Daten zu den CO₂-Emissionen und den streng geschützten Gebieten des Naturschutzes werden von der LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz bereitgestellt.

Selbst erheben können die Kommunen die eingetragenen Vereine als Indikator für das Ehrenamt. Die Daten werden von den meisten Kommunen schon auf ihrer Homepage dargestellt. Die Angaben zu den Ausgaben für Kinder und Jugendarbeit liegen im kommunalen Haushalt vor. Auch die Anzahl der Bürgerversammlungen ist bei der Verwaltung verfügbar.

Die Anzahl der Ärzte ist leicht über das Telefonbuch (auch über das Internet) recherchierbar. Die Zahl der Straftaten ist bei den Polizeidienststellen vorhanden. Die Anzahl der Empfänger nach Arbeitslosengeld II, Sozialgeld und von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt ist gegen ein geringes Entgelt beim Service der Bundesanstalt für Arbeit erhältlich.

Mit höherem Erhebungsaufwand sind nur drei Indikatoren verbunden: Der „Energieverbrauch kommunaler Liegenschaften“ und der „Anteil des Recyclingpapiers am Papierverbrauch kommunaler Einrichtungen“ stehen für ein kommunales Nachhaltigkeitsmanagement und die Vorbildfunktion der Kommune für eine nachhaltige Entwicklung. Die „Gesamtleistung der installierten Fotovoltaikanlagen“ wird von vielen Kommunen bereits im Rahmen der „Solarbundesliga“ erhoben und steht als Indikator für den Ausbau der Erneuerbaren Energien als wichtige Säule der Energiewende.

Nicht für alle Kommunen liegen im Internet Daten vor. Beispielsweise fehlen bei kleineren Kommunen Daten zu den Schulübergängen, weil es entweder keine Schulen gibt oder aus Datenschutzgründen eine Veröffentlichung der Daten abgelehnt wird, da eine zu kleine Erhebungseinheit leicht einzelnen Personen zuordenbar wäre.

Kommunen können zusätzlich auch eigene Indikatoren erheben.



3.2

Die Kernindikatoren im Überblick

Indikatoren des Bereichs

A: Ökologische Tragfähigkeit

HANDLUNGSFELD: KLIMASCHUTZ UND ENERGIEWENDE

A1 Verbesserter Klimaschutz

Verursacherbezogene Emissionen an Kohlendioxid in Tonnen pro Einwohnerin und Einwohner

A2 Ausbau der erneuerbaren Energien (Strom)

Gesamtleistung der installierten Fotovoltaikanlagen in Kilowatt pro Einwohnerin und Einwohner

HANDLUNGSFELD: NACHHALTIGE MOBILITÄT

A3 Umfang des motorisierten Individualverkehrs

Zahl der Personenkraftwagen pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner

HANDLUNGSFELD: SORGSAMER UMGANG MIT NATÜRLICHEN RESSOURCEN

A4 Sparsamer Flächenverbrauch

Siedlungs- und Verkehrsfläche in Prozent der Gesamtfläche

A5 Stärkung des Naturschutzes

Bundeseinheitlich streng geschützte Gebiete des Naturschutzes in Prozent der Gesamtfläche

Indikatoren des Bereichs

B: Wirtschaft und Soziales:

Gutes Leben in der Kommune

HANDLUNGSFELD: ZUKUNFTSFÄHIGES

WIRTSCHAFTEN UND ARBEITEN

B1 Verringerung der Arbeitslosigkeit

Anzahl der Arbeitslosen insgesamt und nach Geschlecht

B2 Hohes Niveau von Aus- und Weiterbildung

Anzahl der Auszubildenden pro 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort

B3 Schaffung von Arbeitsplätzen

Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort in Prozent der Altersgruppe zwischen 18 und 65 Jahren

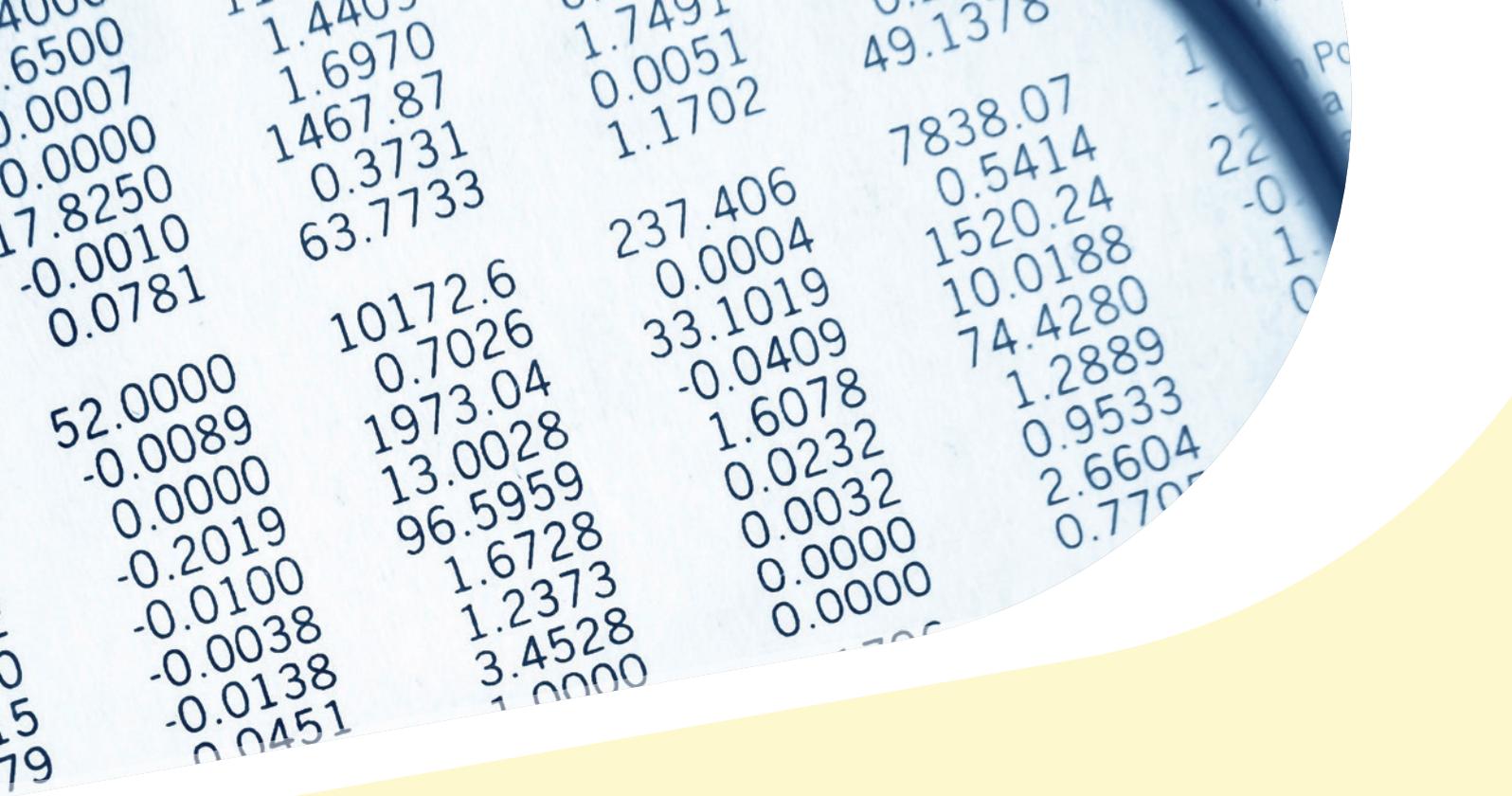
HANDLUNGSFELD: SOZIALE, GESUNDE UND SICHERE STADT

B4 Hoher regionaler Versorgungsgrad

Anzahl von Ärztinnen und Ärzten pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner

B5 Hohes Sicherheitsniveau

Bekannt gewordene Straftaten pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner



HANDLUNGSFELD: KULTUR UND BILDUNG

B6 Gute Ausstattung der Bibliotheken

Medienbestand in öffentlich zugänglichen Bibliotheken pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner

B7 Gute Schulbildung

Anteil der Übergänge an weiterführende Schulen in Prozent aller Grundschulabgängerinnen und -abgänger

HANDLUNGSFELD: FAMILIENFREUNDLICHKEIT UND EINE AUSGEWOGENE BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

B8 Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen

Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts

B9 Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur

Zahl der Zu- und Fortzüge pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner und Wanderungssaldo

B10 Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerungsentwicklung insgesamt

HANDLUNGSFELD: MITEINANDER, INTEGRATION UND GLEICHBERECHTIGUNG

B11 Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben

Anteil von Frauen in der Kommunalvertretung in Prozent

B12 Minderung von Armut

Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld (ALG) II, Sozialgeld und von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner

Indikatoren des Bereichs C: Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung

HANDLUNGSFELD: KOMMUNALES NACHHALTIGKEITSMANAGEMENT

C1 Gutes kommunales Energiemanagement

Energieverbrauch kommunaler Liegenschaften pro Quadratmeter genutzter Fläche in Kilowattstunden

C2 Nachhaltige kommunale Beschaffung

Anteil von Recyclingpapier am Papierverbrauch kommunaler Einrichtungen in Prozent

HANDLUNGSFELD: FISKALISCHE NACHHALTIGKEIT

C3 Gesunde Struktur des öffentlichen Haushalts

Kommunale Schulden pro Einwohnerin und Einwohner

HANDLUNGSFELD: BÜRGERBETEILIGUNG

C4 Hohes demokratisches Engagement

Wahlbeteiligung bei Wahlen zur Kommunalvertretung und bei Bürgermeisterwahlen in Prozent

C5 Hohe Bürgerbeteiligung

Anzahl der Bürgerversammlungen nach Gemeindeordnung

HANDLUNGSFELD: BÜRGERENGAGEMENT

C6 Hohes ehrenamtliches Engagement

Zahl der eingetragenen Vereine pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner

Verursacherbezogene Emissionen an Kohlendioxid in Tonnen pro Einwohnerin und Einwohner



DEFINITION UND BEZUG ZUR NACHHALTIGKEIT

Kohlendioxid ist das wichtigste Treibhausgas, das zur Erwärmung der Erde beiträgt. Eine Verringerung der Kohlendioxidemissionen ist eines der wichtigsten Ziele für eine nachhaltige Entwicklung.

Erfasst werden als Indikator die Emissionen an Kohlendioxid (CO₂) der privaten Haushalte (ohne Mobilität) in Tonnen pro Einwohnerin und Einwohner (EW).

ZUR DISKUSSION VON ZIELEN

In den letzten beiden Jahrzehnten wurde international über die Zielsetzung diskutiert, eine Erderwärmung, gemessen an der globalen Durchschnittstemperatur, zu vermeiden. Dieses Ziel kann nach heutigem Stand mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht mehr erreicht werden. Deshalb hat sich die internationale Staatengemeinschaft 2010 auf das sogenannte „Zwei-Grad-Ziel“ geeinigt, nach dem die Erwärmung des Globus nicht mehr als 2 Grad Celsius im Vergleich zu den Verhältnissen vor der Industrialisierung (circa 1850) betragen soll. Dazu müsste der Übergang auf eine entsprechende Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur bis Mitte des Jahrhunderts erreicht sein sie würde eine Begrenzung der Emissionen in Industrieländern bis dahin auf etwa zwei Tonnen (t) CO₂ pro Person und Jahr erfordern. Gemessen am heutigen Stand der Emissionen in Deutschland (9,1 t je Einwohnerin und Einwohner im Jahr 2010, mit einer erneuten Steigerung im Jahr 2011) bedeutet dies eine

Absenkung um fast

80 %. Bezogen auf das Basisjahr 1990 wird gemäß Klimaschutzgesetz in Baden-Württemberg eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 25 % bis 2020 und um rund 90 % bis zum Jahr 2050 angestrebt.

ARBEITSANLEITUNG/QUELLEN

Die LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz stellt seit dem Jahr 2015 unter www.ekat.baden-wuerttemberg.de jeweils die aktuell erhobenen Daten für jede Gemeinde im Internet zur Verfügung. Auf direkte Anfrage können die CO₂-Emissionen für jede Gemeinde ab dem Jahr 2000 angefordert werden. (E-Mail: emissionskataster@lubw.bwl.de)

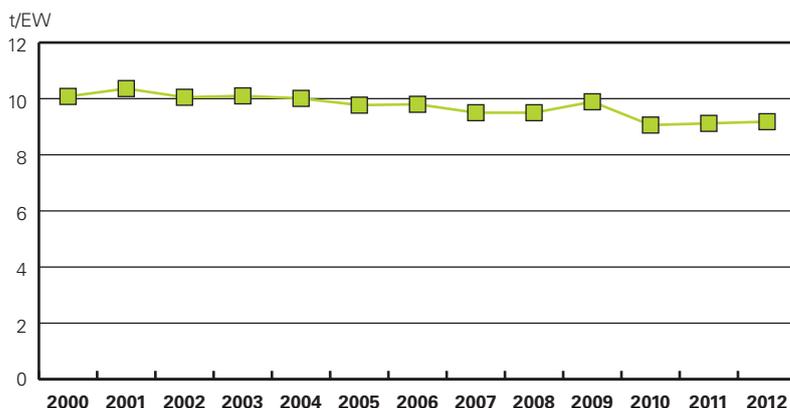
Verursacherbezogene Emissionen an Kohlendioxid (CO₂) sind beim Statistischen Landesamt aktuell nur auf Stadt- und Landkreisebene abrufbar:

www.statistik.baden-wuerttemberg.de/UmweltVerkehr/Kommunale_Nachhaltigkeit/

Im Laufe des Jahres 2015 sollen die kommunalen Daten hinzukommen.

Diese Werte müssen dann noch auf die Bevölkerungszahl bezogen werden. Die Einwohnerdaten können beim Statistischen Landesamt abgerufen werden.

Berechnung: (CO₂ in 1.000 t/Einwohner) x 1.000



Daten: Beispielkommune

VERURSACHERBEZOGENE EMISSIONEN AN KOHLENDIOXID IN TONNEN PRO EINWOHNERIN UND EINWOHNER

Gesamtleistung der installierten Fotovoltaikanlagen in Kilowatt pro Einwohnerin und Einwohner

DEFINITION UND BEZUG ZUR NACHHALTIGKEIT

Zu den wichtigsten Möglichkeiten, den Umbau der Energieversorgung von fossilen und nuklearen Brennstoffen hin zu Klimaschutz und erneuerbaren Energien voranzubringen, gehört der Ausbau der Solarenergie, die dezentral erfolgen kann.

Als Indikator dient die Gesamtleistung der in der Kommune installierten Fotovoltaikanlagen nach ihrer Leistungsfähigkeit.

ZUR DISKUSSION VON ZIELEN

Derzeit ist der Umbau der Elektrizitätserzeugung im Rahmen der Energiewende eine gewaltige Aufgabe, sodass jeder Beitrag, den erneuerbare Energieträger liefern, positiv zu werten ist. Das Land Baden-Württemberg hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 80 % der Energie aus erneuerbaren Energiequellen zu gewinnen. Gleichzeitig sollen 50 % weniger Energie verbraucht werden.

ARBEITSANLEITUNG/QUELLEN

Die Erfassung der Fotovoltaikanlagen geschieht derzeit noch nicht über eine zentrale Instanz. Viele Kommunen beteiligen sich jedoch am Wettbewerb der „Solarbundesliga“, für den die entsprechenden Informationen erhoben werden müssen. Unter www.solarbundesliga.de sind viele Gemeinden bereits erfasst, deren Daten dort abgerufen werden können.

Bitte beachten Sie: Die Stromangaben bei der „Solarbundesliga“ sind in Watt/Einwohner angegeben. Sie müssen in Kilowatt pro Einwohner umgerechnet werden.

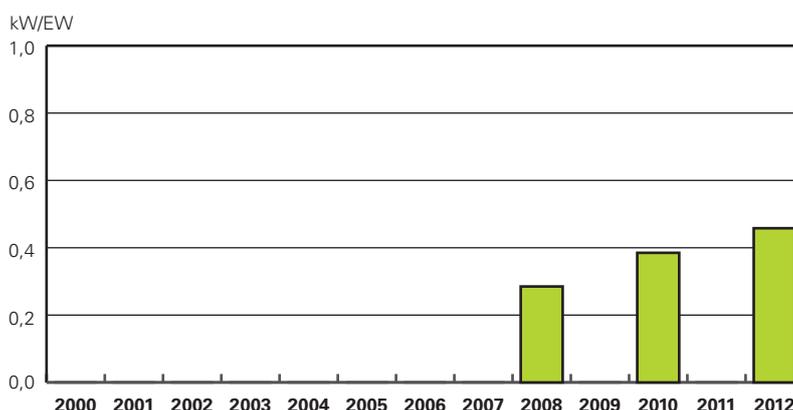
Berechnung: Fotovoltaik in Watt/1.000

Bei der „Solarbundesliga“ kommen nur gesicherte Mindestzahlen in die Wertung – keine Schätzwerte oder unsichere Hochrechnungen. Liegen in einem Ort genaue Zahlen aus einem kommunalen Förderprogramm vor, aber keine Erhebungen über Anlagen, die ohne Förderung gebaut oder die von anderer Seite bezuschusst wurden, so werden zunächst nur die Angaben aus der Förderstatistik berücksichtigt. Die Grauzone kann aber aufgeklärt werden – beispielsweise durch Zählung auf den Dächern oder Umfragen bei Installateuren.

In der „Solarbundesliga“ gibt es für die Röhrenkollektoren keinen speziellen Umrechnungsfaktor. Es wird auch hier die Fläche genommen, die der Kollektor auf dem Dach oder der Fassade einnimmt.



GESAMTLEISTUNG DER INSTALLIERTEN
FOTOVOLTAIKANLAGEN
IN KILOWATT PRO EINWOHNERIN UND EINWOHNER



Daten: Beispielkommune

Umfang des motorisierten Individualverkehrs

Zahl der Personenkraftwagen pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner



DEFINITION UND BEZUG ZUR NACHHALTIGKEIT

Je stärker der motorisierte Individualverkehr, desto größer die Inanspruchnahme von Flächen, der Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen und die Emission klimaschädlicher Abgase sowie die Lärmbelastung. Nachhaltige Mobilität muss sozial, ökologisch und stadt- bzw. landgerecht gestaltet werden.

Erfasst wird als Indikator der Bestand der Personenkraftwagen (Pkw) pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Mopeds und Krafräder bleiben unberücksichtigt.

ZUR DISKUSSION VON ZIELEN

Ziele müssen regional und lokal angepasst formuliert werden, da sich geografische Gegebenheiten, die örtliche Infrastruktur und nicht zuletzt die Siedlungsdichte erheblich unterscheiden. Generell kann jedoch eine Zielhierarchie formuliert werden: Überflüssige Fahrten sollten weitestgehend vermieden werden. Die restlichen Verkehrsleistungen sollten so weit es geht auf den öffentlichen Personennahverkehr, auf Fahrräder und das Laufen verlagert werden. Der dann noch notwendige motorisierte Individualverkehr sollte technisch optimiert und dort, wo es aus Gründen der Sozialverträglichkeit notwendig ist, verlangsamt werden.

In vielen Kommunen ist die Zahl der Pkw pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner bis 2005 angestiegen und danach wieder gefallen.

ARBEITSANLEITUNG/QUELLEN

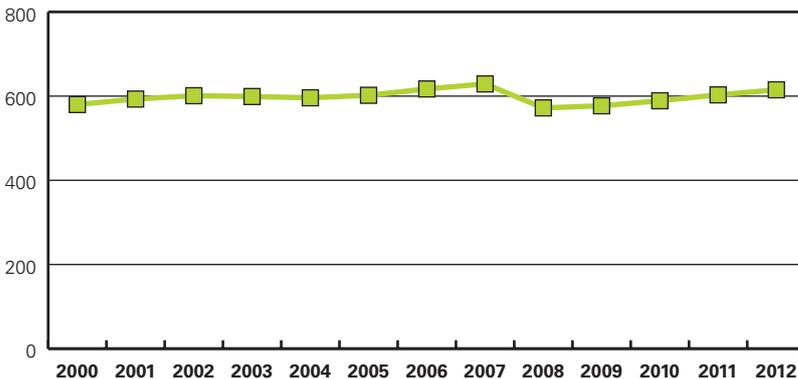
Die Anzahl der Pkw pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner ist beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg verfügbar:

www.statistik.baden-wuerttemberg.de/

[UmweltVerkehr/Kommunale_Nachhaltigkeit/](#)

Dabei sollte berücksichtigt werden, dass bestimmte Großbetriebe oder auch bundesweit tätige Autoverleiher oder Carsharing-Anbieter ihre Wagenparks zentral, das heißt an einem bestimmten Ort, zulassen. Dies kann zu einer gewissen Verzerrung der Statistik führen und sollte – sofern derartige Informationen erhoben werden können – entsprechend korrigiert werden.

Anzahl / 1.000 EW



Daten: Beispielkommune

ZAHLE DER PERSONENKRAFTWAGEN PRO 1.000 EINWOHNERINNEN UND EINWOHNER

Siedlungs- und Verkehrsfläche in Prozent der Gesamtfläche

DEFINITION UND BEZUG ZUR NACHHALTIGKEIT

Mit der Inanspruchnahme von Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke und der Bodenversiegelung gehen Böden mit ihren ökologisch wichtigen Funktionen verloren. Der Flächenverbrauch als Schlüsselgröße für die Nachhaltigkeit der Raumnutzung muss begrenzt werden.

Als Indikator dient die Siedlungs- und Verkehrsfläche. Diese setzt sich zusammen aus Gebäudeflächen und unbebauten Freiflächen, die den Zwecken der Gebäude untergeordnet sind, den Betriebsflächen (ohne Abbauland), die überwiegend gewerblich oder industriell genutzt werden, den Erholungsflächen (etwa Sportplätze), den Friedhöfen und den Verkehrsflächen.

ZUR DISKUSSION VON ZIELEN

Der Schlüssel zur Reduzierung des Flächenverbrauchs in Kommunen liegt in der Bauleitplanung. Dort können flächensparende Planungen und Innenentwicklungen umgesetzt werden. Mit der Inanspruchnahme von Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke und der damit einhergehenden teilweisen Bodenversiegelung gehen Böden mit ihren ökologisch wichtigen Funktionen verloren: Es verschwindet damit Lebensraum für Tiere und Pflanzen, und der Boden steht für die landwirtschaftliche Produktion nicht mehr zur Verfügung. Ein versiegelter Boden kann Regenwasser nicht mehr aufnehmen. Die zunehmende Zerschneidung der Landschaft durch

Straßen aber auch steigende Verkehrszahlen tragen zur Gefährdung von Tierarten und deren Lebensräumen bei. Ein hoher Flächenverbrauch ist auch Ausdruck dafür, dass „Kosten des Fortschritts“ nicht bezahlt, sondern späteren Generationen überlassen werden. Ende des Jahres 2012 betrug der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Baden-Württemberg 14,3 %. Die Bundesregierung setzte sich in der Nachhaltigkeitsstrategie im Jahre 2002 das Ziel, den Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsprojekte bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu begrenzen. Für das Land Baden-Württemberg leitet sich daraus ein Zielwert von 3 Hektar pro Tag ab. 2012 betrug der Flächenverbrauch 6,7 Hektar pro Tag. Langfristig verfolgt Baden-Württemberg das Ziel einer Netto-Null beim Flächenverbrauch.



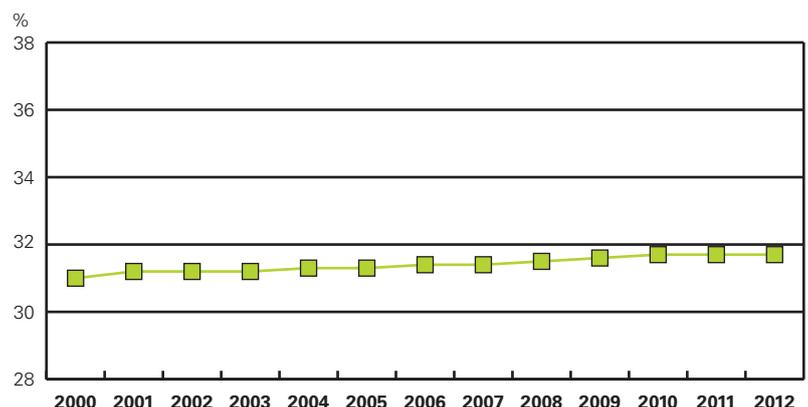
ARBEITSANLEITUNG/QUELLEN

Die Daten zur Siedlungs- und Verkehrsfläche werden in Baden-Württemberg vom Statistischen Landesamt aus der Statistik „Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung“ bis zum Berichtsjahr 2000 alle vier Jahre und seit 2000 jährlich online zur Verfügung gestellt:

www.statistik.baden-wuerttemberg.de/

[UmweltVerkehr/Kommunale_Nachhaltigkeit/](#)

SIEDLUNGS- UND VERKEHRSFLÄCHE
IN PROZENT DER GESAMTFLÄCHE



Daten: Beispielkommune

Bundeseinheitlich streng geschützte Gebiete des Naturschutzes in Prozent der Gesamtfläche



DEFINITION UND BEZUG ZUR NACHHALTIGKEIT

Um die biologische Vielfalt nachhaltig zu sichern, sind ausreichend große Flächen erforderlich, auf denen sich die Natur ohne belastende Eingriffe des Menschen entfalten kann: Streng geschützte Gebiete mit „Vorrang für die Natur“.

Zu den streng geschützten Naturschutzflächen gehören:

- Naturschutzgebiete,
- Naturdenkmale
- vom Nationalpark werden nur die Teile berücksichtigt, die so streng geschützt sind wie Naturschutzgebiete
- besonders geschützte Biotop
- Kernzonen von Biosphärengebieten
- Bannwälder

Diese Flächen müssen als Anteil der Gesamtfläche der Kommune ausgewiesen werden. Bei der Berechnung sind Überlagerungen herauszurechnen.

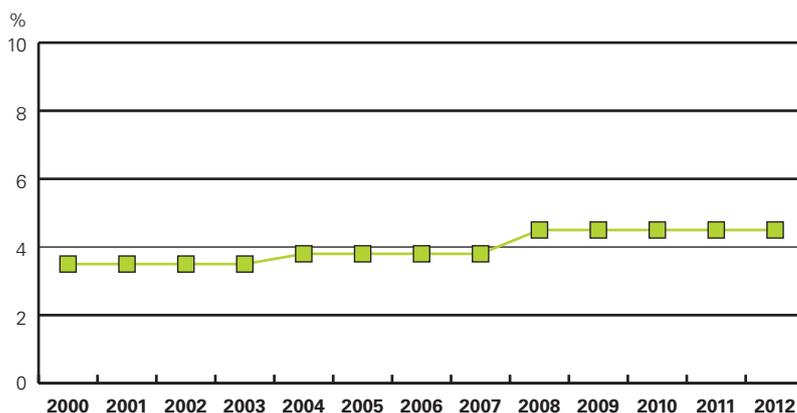
ZUR DISKUSSION VON ZIELEN

Der Anteil der bundeseinheitlich streng geschützten Gebiete des Naturschutzes an der Landesfläche in Baden-Württemberg lag 1990 bei 1,2 % und 2012 bei 2,5 %, damit durchgängig deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Eine Zielsetzung auf Landesebene existiert nicht.

Neben der Steigerung des Anteils der Flächen sollte auch auf die Qualität der Naturschutzflächen geachtet werden. Verbundsysteme erweisen sich als sinnvoller und artenreicher als mehrere kleine Flächen. Ziel sollte es entsprechend sein, Naturschutzflächen zu verknüpfen. Zudem sollten Neuversiegelungen von Flächen besonders geprüft werden, wenn sie in Nachbarschaft zu einer streng geschützten Naturschutzfläche liegen oder eine solche gar zerschneiden.

ARBEITSANLEITUNG/QUELLEN

Die LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz stellt unter www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/244449/ die Daten im Internet zur Verfügung. Sie sind mit dem Datenservice des Statistischen Landesamtes verknüpft. Die Daten beginnen mit dem Jahr 2014.



Daten: Beispielkommune

BUNDESEINHEITLICH STRENG GESCHÜTZTE GEBIETE DES NATURSCHUTZES IN PROZENT DER GESAMTFLÄCHE



Verringerung der Arbeitslosigkeit

Anzahl der Arbeitslosen insgesamt und nach Geschlecht



DEFINITION UND BEZUG ZUR NACHHALTIGKEIT

Arbeitslosigkeit verschlechtert die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse gravierend, ihre Verringerung ist ein zentrales Anliegen einer nachhaltigen Entwicklung.

Da Arbeitslosenquoten von den Arbeitsämtern nur für die Kreisebene berechnet werden, können für Städte und Gemeinden nur die absoluten Zahlen der Arbeitslosen als Indikator ausgewiesen werden. Es sollte eine Differenzierung der Arbeitslosenzahlen nach Frauen und Männern vorgenommen werden.

ZUR DISKUSSION VON ZIELEN

Seit Mitte der 1970er Jahre stiegen die Arbeitslosenzahlen in Baden-Württemberg zunächst kontinuierlich bis Mitte der 1980er Jahre auf über 200.000 an. Anschließend gingen sie leicht zurück, um sich bis 1997 nahezu zu verdoppeln (378.095 Arbeitslose). Dieses Niveau blieb mit einigen leichten Schwankungen bis 2005 erhalten, danach ging es stetig zurück. In den

letzten 13 Jahren ist eine Tendenz zu beobachten, nach der Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg in weit höherem Maße Frauen betrifft: Deren Arbeitslosenquote liegt seither nahezu dauerhaft über der der Männer. Ziel sollte neben der Absenkung der Arbeitslosenquote insgesamt die Vermeidung von geschlechtsspezifischer Arbeitslosigkeit sein.

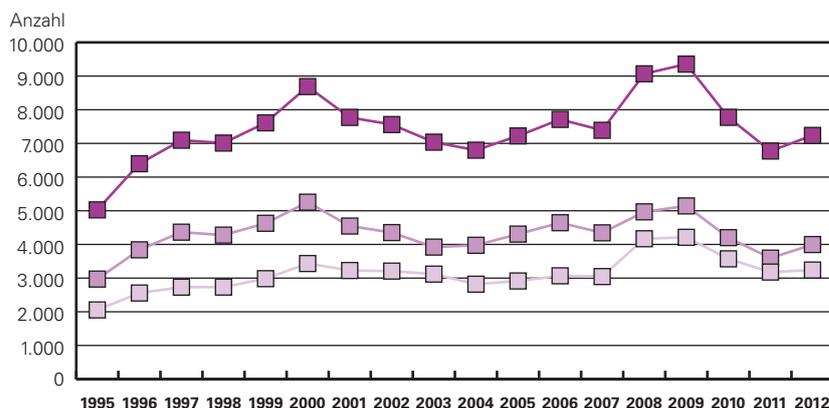
ARBEITSANLEITUNG/QUELLEN

Für Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften muss auf absolute Zahlen der Arbeitslosen zurückgegriffen werden, da die zur Berechnung einer Quote notwendigen Werte zu den Erwerbspersonen für kleinräumige Einheiten von den Arbeitsämtern nicht erhoben werden. Eine Geschlechterdifferenzierung wird nur im Rahmen einer Sondererhebung angeboten. Die Arbeitslosenquoten für kreisfreie Städte und Landkreise sind beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg abrufbar:

[www.statistik.baden-wuerttemberg.de/
UmweltVerkehr/Kommunale_Nachhaltigkeit/](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/UmweltVerkehr/Kommunale_Nachhaltigkeit/)

Tabelle: Arbeitslose, Jahresdurchschnitte

Für Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften müssen die Angaben bei den zuständigen Arbeitsämtern abgefragt werden.



Daten: Beispielkommune

ANZAHL DER ARBEITSLSEN INSGESAMT UND NACH GESCHLECHT

- WEIBLICH
- MÄNNLICH
- INSGESAMT

Anzahl der Auszubildenden pro 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort

DEFINITION UND BEZUG ZUR NACHHALTIGKEIT

Durch die ständig steigenden und sich stetig wandelnden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt wird die Bedeutung der beruflichen Qualifikation weiter zunehmen. Eine gute berufliche Ausbildung wird mit Blick auf diese Entwicklung wichtiger denn je.

Der Indikator soll die Zahl der tatsächlich abgeschlossenen Verträge mit Auszubildenden wiedergeben. Erfasst werden die bei der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer registrierten Ausbildungsverhältnisse.

ZUR DISKUSSION VON ZIELEN

In Baden-Württemberg ist in den letzten 20 Jahren die Anzahl der Auszubildenden pro 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte von 68 (1990) auf 52 (2012) zurückgegangen.

Ausbildungsverhältnisse sind eine Investition in die Zukunft; sie haben Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit, den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die Anzahl der Sozialhilfeempfänger, den Wanderungssaldo und die kommunalen Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit. Ziel sollte sein, dass die Anzahl der Auszubildenden pro 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nicht unter ein bestimmtes Niveau fällt. Daher sind Rückgänge bei den Auszubildenden immer sehr aufmerksam zu beobachten.



ARBEITSANLEITUNG/QUELLEN

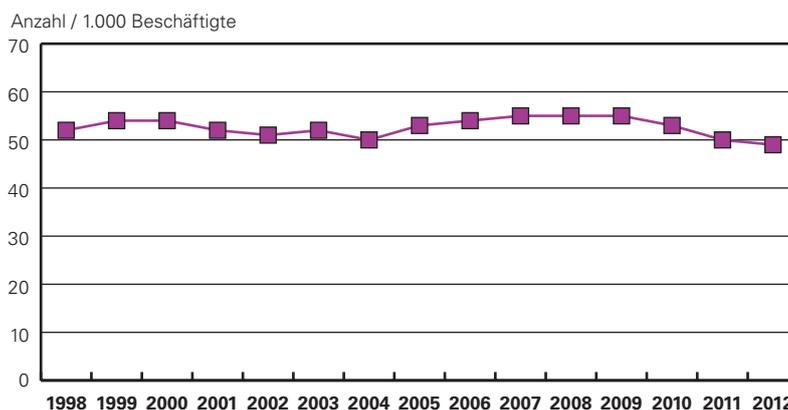
Die Zahlen der Auszubildenden können beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg abgerufen werden:

www.statistik.baden-wuerttemberg.de/UmweltVerkehr/Kommunale_Nachhaltigkeit/

Sie müssen nur noch in Beziehung zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort gesetzt werden.

Berechnung: (Anzahl der Auszubildenden / Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) x 1.000

ANZAHL DER AUSZUBILDENDEN PRO 1.000 SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE AM ARBEITSORT



Daten: Beispielkommune

Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort in Prozent der Altersgruppe von 18 bis unter 65 Jahren



DEFINITION UND BEZUG ZUR NACHHALTIGKEIT

Die Schaffung und Sicherung von ausreichenden, guten und sicheren Arbeitsplätzen bildet eine wesentliche Grundlage für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

Als Indikator dient die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in Beziehung zur Bevölkerungsgruppe im Alter von 18 bis unter 65 Jahren gesetzt wird.

ZUR DISKUSSION VON ZIELEN

Seit den 1990er Jahren hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Baden-Württemberg kontinuierlich zugenommen. Verantwortlich hierfür war vor allem der Anstieg bei den weiblichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Ziel sollte sein, dass der Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter der Altersgruppe von 18 bis unter 65 Jahren bei über 50 % liegt.

ARBEITSANLEITUNG/QUELLEN

Die Zahlen zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie zur Bevölkerung nach Altersjahren bzw. -gruppen werden vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt:

www.statistik.baden-wuerttemberg.de/UmweltVerkehr/Kommunale_Nachhaltigkeit/

Tabellen:

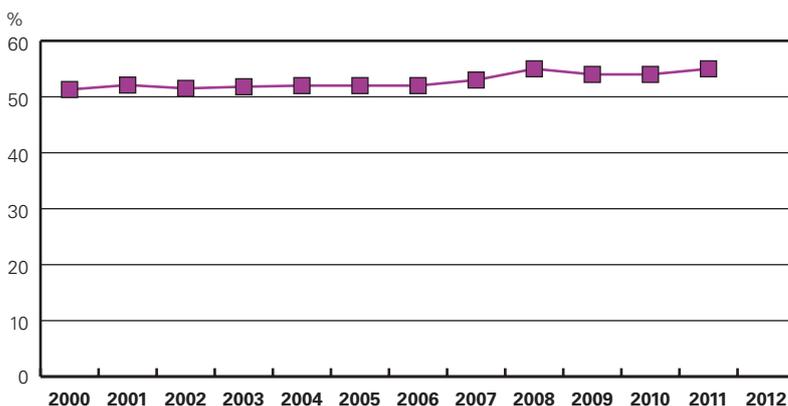
- Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Auszubildende am Wohnort nach Geschlecht
- Bevölkerung nach Altersgruppen

Sie müssen auf die Bevölkerungsgruppe im Alter von 18 bis unter 65 Jahren bezogen werden.

Berechnung:

Schritt 1: Anzahl der 18- bis 65-Jährigen berechnen (die drei Spalten 18–25, 25–40 und 40–65 addieren).

Schritt 2: $(100/\text{Ergebnis Schritt 1}) \times \text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt}$



Daten: Beispielkommune

ANTEIL DER SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTEN AM WOHNORT IN PROZENT DER ALTERSGRUPPE VON 18 BIS UNTER 65 JAHREN

Hoher regionaler Versorgungsgrad

B4

Anzahl von Ärztinnen und Ärzten pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner

DEFINITION UND BEZUG ZUR NACHHALTIGKEIT

Eine nachhaltige Entwicklung muss eine flächendeckende gesundheitliche und medizinische Versorgung der Bevölkerung in allen Landesteilen sicherstellen.

Als Indikator wird die regionale medizinische Versorgung der Bevölkerung durch die niedergelassene Ärzteschaft (Allgemeinärzte und Fachärzte) erfasst.

ZUR DISKUSSION VON ZIELEN

Ziel muss es sein, allen Einwohnern eine wohnortnahe medizinische Grundversorgung verfügbar zu machen. In Baden-Württemberg hatte sich die ärztliche Versorgung seit 1990 zunächst durchaus positiv entwickelt. Trotz der gestiegenen Bevölkerungszahlen hatte die Dichte der Versorgung durch niedergelassene Ärzte zugenommen. Allerdings wurde diese Entwicklung seit den 1990er Jahren hauptsächlich von Fachärzten, nicht aber von den Allgemeinmedizinern und praktischen Ärztinnen und Ärzten getragen. Seit 2010 begann die Facharzt-dichte zunächst zu stagnieren, um dann – wie die der Allgemeinmediziner und praktischen Ärztinnen und Ärzte – zurückzugehen.

ARBEITSANLEITUNG/QUELLEN

Die Angaben zu den Allgemeinärzten und Fachärzten mit Kassenzulassung liegen beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg nur auf Stadt- bzw. Landkreisebene vor:



[www.statistik.baden-wuerttemberg.de/
UmweltVerkehr/Kommunale_Nachhaltigkeit/](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/UmweltVerkehr/Kommunale_Nachhaltigkeit/)

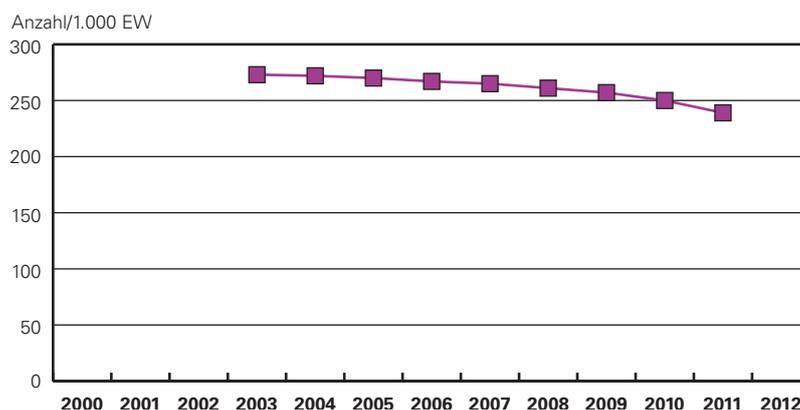
Angaben für Kommunen können leicht über die örtlichen Telefonbücher (auch über Branchenverzeichnisse) und im Internet mit Eingabe von Stichwort und Kommune z. B. unter www.dasoertliche.de oder www.dastelefonbuch.de ermittelt werden.

Um retrospektive Zahlen zu erhalten, muss bei den Arztpraxen selbst nachgefragt werden, seit wann diese existieren.

Die Zahl der niedergelassenen Ärzte muss in Beziehung zu 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern gesetzt werden.

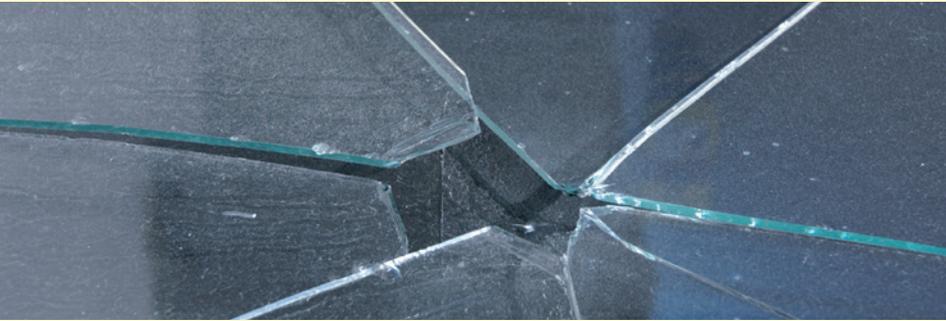
Berechnung: (Anzahl der Ärzte/Einwohner) x 1.000

ANZAHL VON ÄRZTINNE N UND ÄRZTEN PRO 1.000 EINWOHNERINNEN UND EINWOHNER



Daten: Beispielkommune

Bekannt gewordene Straftaten pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner



ARBEITSANLEITUNG/QUELLEN

Sofern von den Polizeidienststellen die absoluten Fallzahlen mitgeteilt werden, wird zur Berechnung des Indikators zusätzlich die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner benötigt. Dazu sollte auf die Einwohnerzahlen der Kommunen beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg zurückgegriffen werden, um die Vergleichbarkeit des Indikators sicherzustellen:

www.statistik.baden-wuerttemberg.de/

[UmweltVerkehr/Kommunale_Nachhaltigkeit/](#)

Berechnung:

$(\text{Anzahl der Straftaten} / \text{Einwohner}) \times 1.000$

Wird von der Quelle hingegen bereits die Häufigkeitszahl der Straftaten angegeben, ist zu beachten, dass als standardmäßige Bezugsgröße 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner eingesetzt werden, sodass eine Umrechnung erforderlich sein kann, um den Indikator auch für kleinere Kommunen anschaulich zu machen.

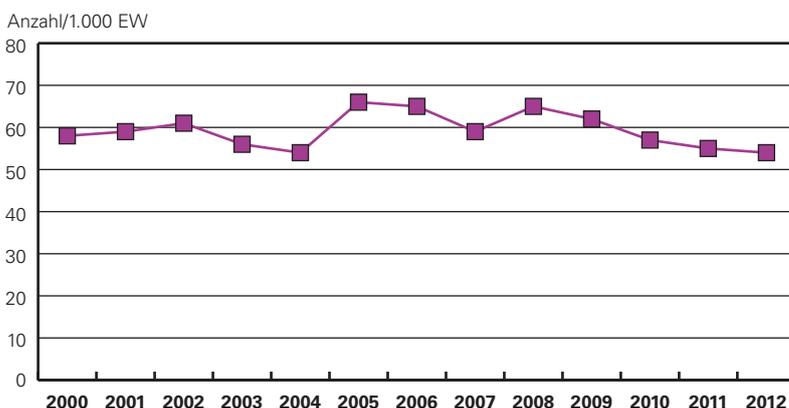
DEFINITION UND BEZUG ZUR NACHHALTIGKEIT

Ein wichtiger Aspekt von Lebensqualität ist das Sicherheitsempfinden.

Als ein wichtiger Indikator der persönlichen Sicherheit gilt die Zahl der polizeilich bekannt gewordenen Straftaten durch die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS).

ZUR DISKUSSION VON ZIELEN

Natürlich sollte das Ziel sein, die Zahl der Straftaten möglichst gering zu halten. Die Angabe eines bestimmten Zielwertes erscheint jedoch, gerade unter Berücksichtigung der genannten Einflussfaktoren auf die Statistik, nicht sinnvoll. Eine erste Orientierung können hier aber die Vergleichszahlen für die Landesebene geben. In Baden-Württemberg lag die Zahl der Straftaten 2012 bei rund 54,3 Straftaten je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner.



Daten: Beispielmunicipality

BEKANTT GEWORDENE STRAFTATEN PRO 1.000 EINWOHNERINNEN UND EINWOHNER

Medienbestand in öffentlich zugänglichen Bibliotheken pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner

DEFINITION UND BEZUG ZUR NACHHALTIGKEIT

Das Kultur- und Bildungsangebot ist wichtig für die Lebensqualität vor Ort. Bibliotheken und ihr Medienangebot repräsentieren einen Teil dieses Angebots.

Als Indikator wird der Gesamtbestand der in den nicht-wissenschaftlichen öffentlichen Bibliotheken vorhandenen Medien erfasst, die den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen.

ZUR DISKUSSION VON ZIELEN

In den letzten Jahren ist ein deutlicher Rückgang bei den öffentlichen Bibliotheken zu verzeichnen: Während es im Jahr 1990 in Baden-Württemberg 832 Bibliotheken mit einem Medienbestand von 12,2 Millionen Einheiten gab, waren es im Jahr 2012 nur noch 801 Bibliotheken. Trotz rückläufiger Anzahl an Bibliotheken ist der Medienbestand 2012 mit 15,7 Millionen Einheiten erheblich angewachsen, was einem Durchschnittswert von 1.506 Medien je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner entspricht. Die Veränderungen spiegeln sich einerseits in den rückläufigen Zahlen der Benutzer und deren Entleihungen wider. Andererseits ist es infolge der Digitalisierung auch zum Abbau von Personalstellen gekommen. Zu berücksichtigen ist, dass in Teilbereichen – insbesondere bei Zeitungen und Zeitschriften – ein Ersetzen durch Bereitstellung von Internetzugängen in Bibliotheken erfolgt.



ARBEITSANLEITUNG/QUELLEN

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg stellt den Medienbestand und die Zahl der Entleihungen auf kommunaler Ebene ab 1989 online zur Verfügung:

www.statistik.baden-wuerttemberg.de/UmweltVerkehr/Kommunale_Nachhaltigkeit/

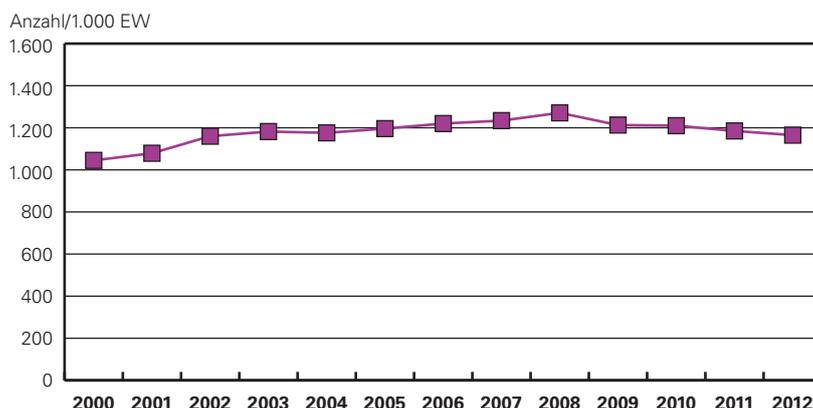
Sie können aus der Tabelle die Anzahl der Medieneinheiten in 1.000 ablesen. Um die tatsächlichen Zahlen zu bekommen, müssen Sie die angegebene Zahl mit 1.000 multiplizieren. Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner kann über die Tabelle Bevölkerung nach Altersgruppen abgerufen werden.

Berechnung:

$(\text{Anzahl der Medieneinheiten} \times 1.000 \text{ Einwohner}) \times 1.000$

Falls es darüber hinaus Bibliotheken in anderer Trägerschaft gibt, müssen die Zahlen durch Rückfragen bei den Kommunen oder den Bibliotheken selbst recherchiert werden.

MEDIENBESTAND IN ÖFFENTLICH ZUGÄNLICHEN BIBLIOTHEKEN PRO 1.000 EINWOHNERINNEN UND EINWOHNER



Daten: Beispielkommune

Anteil der Übergänge an weiterführende Schulen in Prozent aller Grundschulabgängerinnen und Grundschulabgänger



einerseits die Übergangsquote auf die Werkreal-/Hauptschulen auf 11,9 % erneut sinkt, ist bei den Realschulen nur eine leicht rückläufige Tendenz auf 36,2 % zu verzeichnen und bei den Gemeinschaftsschulen eine starke Zunahme der Übergangsquote auf 5,7 % entsprechend der größeren Zahl der Schulen. Die Gymnasien stabilisieren sich mit 44,6 % bei einem leichten Plus auf hohem Niveau und erreichen erneut den höchsten Überganganteil.

DEFINITION UND BEZUG ZUR NACHHALTIGKEIT

Ein hohes Bildungsniveau und eine gute schulische Ausbildung erhöhen die Chancen auf eine solide berufliche Entwicklung und einen qualifizierten Arbeitsplatz.

Der Indikator zeigt den prozentualen Anteil der Schülerinnen und Schüler, die nach der Grundschule auf das Gymnasium und die Realschule übergegangen sind.

ZUR DISKUSSION VON ZIELEN

Möglichst viele Jugendliche sollen eine qualifizierte schulische Ausbildung erhalten. Eine hohe Quote von Schülerinnen und Schülern, die auf weiterführende Schulen wechseln, ist hierfür ein wichtiger Indikator.

Der Trend bei der Schulentwicklung der vergangenen Jahre in Baden-Württemberg setzt sich weiter fort. Dies ist ein Ergebnis der amtlichen Schulstatistik zu den Übergängen aus den Grundschulen in die weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2013/2014. Während

ARBEITSANLEITUNG/QUELLEN

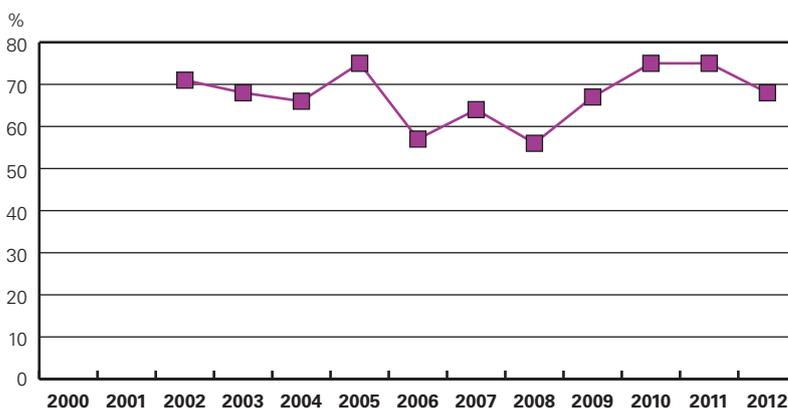
Die Daten der Übergänge auf weiterführende Schulen liegen beim Statistischen Landesamt vor:

www.statistik.baden-wuerttemberg.de/

[UmweltVerkehr/Kommunale_Nachhaltigkeit/](#)

Tabelle „Übergänge auf weiterführende Schulen aus der Klassenstufe 4 aus Grundschulen“

Berechnung: % Realschulen + % Gymnasien



Daten: Beispielkommune

ANTEIL DER ÜBERGÄNGE AN WEITERFÜHRENDE SCHULEN IN PROZENT ALLER GRUNDSCHULABGÄNGERINNEN UND GRUNDSCHULABGÄNGER

Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen



Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts

DEFINITION UND BEZUG ZUR NACHHALTIGKEIT

Eine nachhaltige Entwicklung ist zukunftsgerichtet und bezieht die Interessen künftiger Generationen ein. Die Förderung von Kindern und Jugendlichen und die Berücksichtigung ihrer Anliegen sind deshalb wichtige Bestandteile.

Als Indikator werden aus dem Einzelplan 4 des Verwaltungshaushalts die entsprechenden Unterabschnitte herangezogen. Prinzipiell nicht erfasst werden sollten Ausgaben für die Verwaltung und Investitionen.

ZUR DISKUSSION VON ZIELEN

Der Etat sollte so bemessen sein, dass die vielfältigen Aufgaben für Kinder und Jugendliche angemessen wahrgenommen werden können. Eine Kommune sollte der eigenen Verantwortung für die zukünftige Entwicklung der nachkommenden Generationen Rechnung tragen. Auch das Ziel, soziale Probleme und Spannungen zu vermeiden, gebietet es, diese wichtige Aufgabe angemessen und dauerhaft wahrzunehmen.

ARBEITSANLEITUNG/QUELLEN

Die exakte Abgrenzung der zu berücksichtigenden Ausgabenposten bereitet häufig Probleme, da sich der Bereich der Kinder- und Jugendarbeit nur schwer definieren lässt und die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen variieren können. Mit der Auswahl der Unterabschnitte 45 und 46 zur Berechnung des Indikators können aber



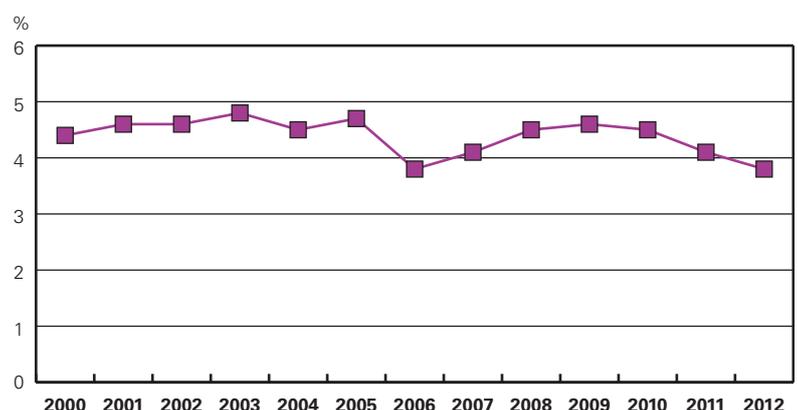
weitgehend vergleichbare Größen ermittelt werden.

In Einzelfällen finden sich auch im Unterabschnitt 47 relevante Ausgabenposten. Bei allen Einzelposten sollte es sich nur um tatsächliche Ausgaben aus dem Verwaltungshaushalt handeln. Als Bezugsgröße sind die Gesamtausgaben des Verwaltungshaushalts heranzuziehen. Die Daten können von der Kämmerei zusammengestellt werden. Bei der Auswertung der Daten und zur Überprüfung ihrer Vollständigkeit sollte das für Kinder- und Jugendarbeit zuständige Amt einbezogen werden. Bei der Betrachtung der Entwicklung in der einzelnen Kommune ist von zentraler Bedeutung, dass für alle Jahre die gleichen Teilbereiche berücksichtigt werden.

Berechnung:

$(\text{Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit} / \text{kommunaler Haushalt}) \times 100$

KOMMUNALE AUSGABEN FÜR KINDER- UND JUGENDARBEIT IN PROZENT DES KOMMUNALEN HAUSHALTS



Daten: Beispielkommune

Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur

Zahl der Zu- und Fortzüge pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner und Wanderungssaldo



DEFINITION UND BEZUG ZUR NACHHALTIGKEIT

Eine nachhaltige Kommunalentwicklung zeichnet sich dadurch aus, dass die Bewohnerinnen und Bewohner in der Kommune ihren Lebensmittelpunkt und für sich und ihre Kinder Perspektiven sehen.

Als Indikator wird dafür die Anzahl der Menschen erfasst, die im Bezugsjahr durch Umzug in die Kommune zuziehen oder sie verlassen. Die Differenz dieser beiden Werte ergibt den Wanderungssaldo.

ZUR DISKUSSION VON ZIELEN

Baden-Württemberg insgesamt weist, ähnlich wie Bayern, seit vielen Jahren stets einen positiven Wanderungssaldo auf. Negative Salden verzeichnet zum Beispiel Thüringen oder Sachsen.

Ein positiver Wanderungssaldo, also mehr Zuzüge als Fortzüge, bedeutet, dass die Region als lebenswert eingestuft wird. Sehr hohe Salden allerdings können auch zu Problemen führen – beispielsweise zu einer Überlastung des Arbeits- oder Wohnungsmarkts. Zuzüge, insbesondere von jungen, aktiven Bevölkerungsgruppen, führen oftmals zu einer verbesserten Einnahmesituation einer Gemeinde und können somit kurzfristige Überlastungen kompensieren. Insofern muss jeder Saldo auch qualitativ bewertet werden. Zur Analyse der Bedeutung eines bestimmten Wanderungssaldos für eine Kommune ist es damit relevant, welche Bevölkerungsschichten und Altersgruppen zu- oder wegziehen.

Im Sinne einer nachhaltigen Kommunalentwicklung sollte auch eine soziale und altersstrukturelle Durchmischung angestrebt werden. Diese kann etwa durch Bereitstellung von adäquaten, familiengerechten Wohnungsangeboten, Aufwertung der Region durch Sanierungsprogramme, Ausbau der Grünflächen und anderes mehr erreicht werden.

ARBEITSANLEITUNG/QUELLEN

Die absoluten Zahlen sind beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg verfügbar:

www.statistik.baden-wuerttemberg.de/

[UmweltVerkehr/Kommunale_Nachhaltigkeit/](#)

Tabellen:

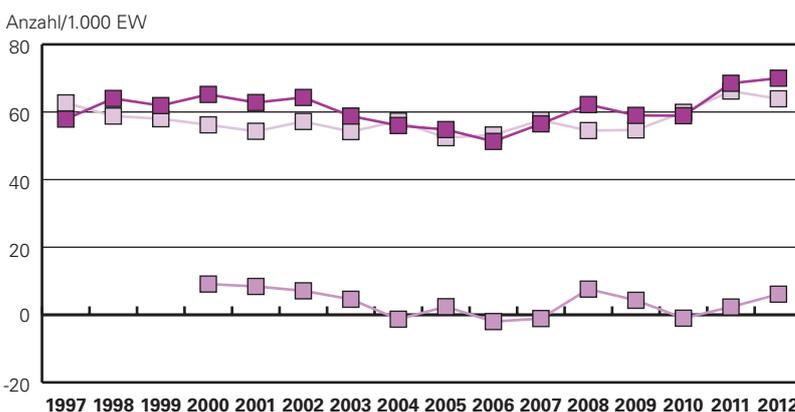
- Zuzüge, Fortzüge, Wanderungssaldo
- Bevölkerung, Bevölkerungsdichte

Die Zahlen müssen auf die Bevölkerungszahl bezogen und für den Indikator in Bezug pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner gesetzt werden.

Berechnung:

$(\text{Zuzüge bzw. Fortzüge/Einwohner}) \times 1.000$

Der Wanderungssaldo ergibt sich aus der Subtraktion der Werte.



Daten: Beispielkommune

ZAHLE DER ZU- UND FORTZÜGE PRO 1.000 EINWOHNERINNEN UND EINWOHNER UND WANDERUNGSSALDO

- ZUZÜGE
- FORTZÜGE
- SALDO

Bevölkerungsentwicklung insgesamt

DEFINITION UND BEZUG ZUR NACHHALTIGKEIT

Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner einer Kommune ist die wohl wichtigste Referenzgröße für Planungsprozesse und die Gestaltung der Infrastruktur. Die Bevölkerungsdaten haben selbst keine direkten Auswirkungen bezüglich der nachhaltigen Entwicklung, sondern dienen als Bezugsgröße und Hintergrundinformation.

Ausgewiesen wird dafür als Indikator die fortlaufende Entwicklung der Bevölkerungszahl in der Kommune. Der Indikator zeigt den Entwicklungstrend der Bevölkerungszahlen in den letzten Jahren.

ZUR DISKUSSION VON ZIELEN

Eine kontinuierlich wachsende Einwohnerzahl erfordert eine Ausweitung der Infrastruktur, ab einem gewissen Grad auch einen Zuwachs der Siedlungsflächen; eine schrumpfende Bevölkerung kann auch hier zu Anpassungsnotwendigkeiten führen, die in den neuen Bundesländern unter dem Stichwort „Rückbau“ vielerorts bereits Realität geworden sind.



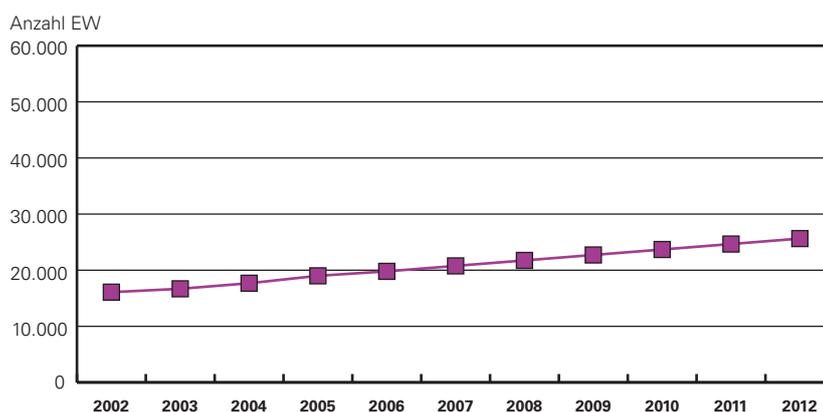
ARBEITSANLEITUNG/QUELLEN

Die Daten können beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg abgerufen werden:

www.statistik.baden-wuerttemberg.de/

[UmweltVerkehr/Kommunale_Nachhaltigkeit/](#)

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG INSGESAMT



Daten: Beispielkommune

Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben

Anteil von Frauen in der Kommunalvertretung in Prozent



DEFINITION UND BEZUG ZUR NACHHALTIGKEIT

Als Indikator wird die Zahl der Frauen in der Kommunalvertretung in Bezug gesetzt zur Gesamtzahl der gewählten Mandatsträger.

Frauen und Männer sollten auf allen politischen Ebenen gleichberechtigt entscheiden. Dieser Forderung kann mit einer ausgewogenen Anzahl an Mandaten für Frauen und Männer in den entsprechenden Gremien (Ortschaftsrat, Gemeinderat, Kreistag) am besten entsprochen werden.

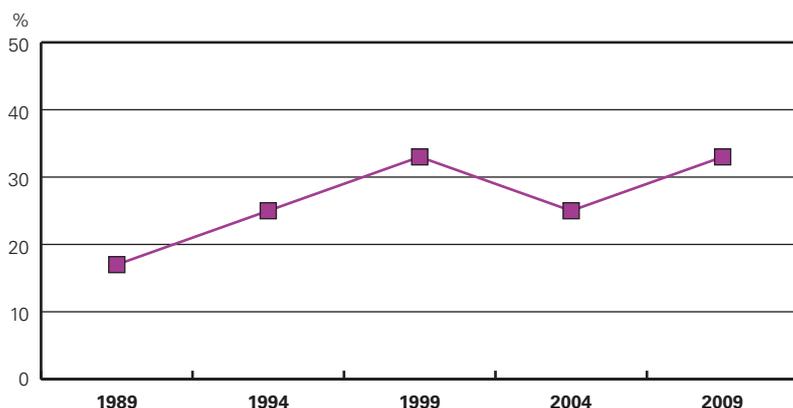
ZUR DISKUSSION VON ZIELEN

Es sollte eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern angestrebt werden. Fest steht, dass Frauen häufig eine andere Sicht in politische Diskussionen einbringen und auch unterschiedlich von politischen Entscheidungen betroffen sind. Was sich auf der Regierungsebene der Länder beobachten lässt, setzt sich

auch bei Bundesländern und Kommunen fort: Weltweit besaßen Frauen im November 2013 nur in zwei von 188 staatlichen Parlamenten, nämlich in Ruanda und Andorra, die Hälfte oder mehr der Sitze. In Baden-Württemberg lag der Anteil der Frauen in der Kommunalvertretung bei den letzten zwei Wahlen – 2009 und 2004 – bei 22 % bzw. 21 %. Der 14. Landtag hatte mit 23,7 % den niedrigsten Frauenanteil unter den deutschen Landesparlamenten. Im 15., dem 2011 gewählten Landtag, sank der Frauenanteil weiter auf 18,1 %. Das ist insgesamt weit unter dem Frauenanteil im Deutschen Bundestag (2013: 36,3 %).

ARBEITSANLEITUNG/QUELLEN

Die Ergebnisse der vergangenen zwei Kommunalwahlen nach Geschlecht der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger können auf den Webseiten des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg abgerufen werden: www.statistik.baden-wuerttemberg.de/UmweltVerkehr/Kommunale_Nachhaltigkeit/ Die Daten sind für alle Kommunen auch über die Stadt- bzw. Gemeinde- und Kreisverwaltungen zu erhalten. Tabelle: Wahlen/Gemeinderatswahlen (Frauen/EU-Bürger).



Daten: Beispielkommune

ANTEIL VON FRAUEN IN DER KOMMUNALVERTRETUNG IN PROZENT

Minderung von Armut



Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld (ALG) II, Sozialgeld und von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner

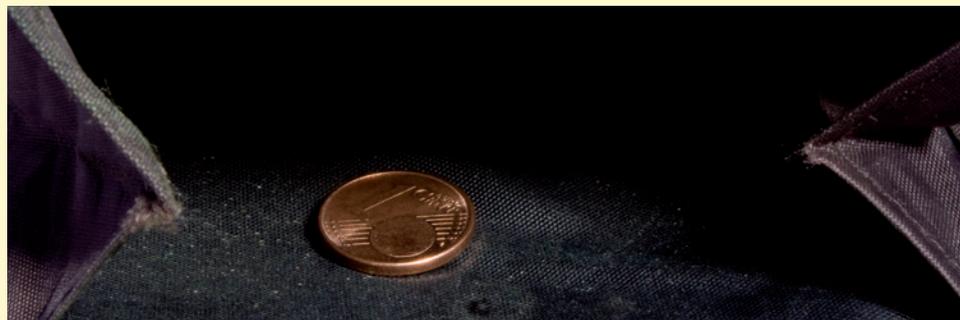
DEFINITION UND BEZUG ZUR NACHHALTIGKEIT

Die Armutsgefährdung in Deutschland nimmt besonders durch Arbeitslosigkeit und Einkommensverluste zu. Dadurch wird nicht nur die persönliche Lebensqualität, sondern auch die aktive Mitwirkung an der Gesellschaft eingeschränkt. Höhere Sozialausgaben engen ferner den politischen Handlungsspielraum ein. Zur Wahrung der sozialen Stabilität als Eckpunkt einer nachhaltigen Entwicklung muss der wachsenden Armutsgefährdung entgegengewirkt werden.

Erfasst wird mit diesem Indikator die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II (ALG II), Sozialgeld und von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner.

ZUR DISKUSSION VON ZIELEN

Immer mehr Menschen sind in den letzten Jahren auf Sozialhilfe angewiesen. Damit verbunden ist eine enorme Belastung für die kommunalen Haushalte. Noch größer und schwerwiegender aber ist die Belastung für die Betroffenen sowohl in finanzieller als auch in psychischer Hinsicht. Der Anteil der finanziell schlechter Gestellten wächst. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter. Diese Entwicklung läuft dem Ziel der Gerechtigkeit bei der Einkommens- und Vermögensverteilung zuwider. Außerdem wird damit die Forderung nach einer gleichmäßigen Verteilung der Arbeit unterlaufen.



Ein hoher Anteil von Empfängern von ALG II, Sozialgeld und von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt steht für einen hohen Anteil arbeitsloser Menschen und eine zunehmende Armutsgefährdung. Es sollte deshalb Ziel der Kommune sein, Initiativen zu ergreifen, um diese Zahl möglichst gering zu halten.

ARBEITSANLEITUNG/QUELLEN

Die Daten können beim Statistiks-service Südwest der Bundesagentur für Kommunen gegen ein geringes Entgelt angefragt werden:

Telefon 069 6670-601

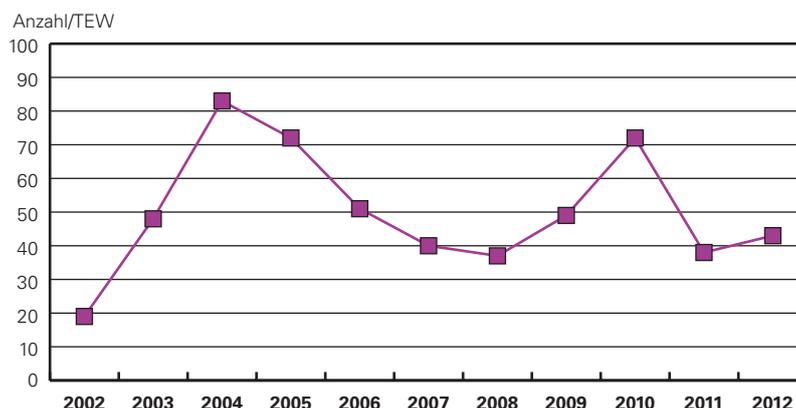
Fax: 069 6670-910307

E-Mail: Statistik-Service-Suedwest@arbeitsagentur.de

Berechnung:

$(\text{Zahl der ALG II EmpfängerInnen} / \text{Bevölkerungsanzahl}) \times 1.000$

ZAHLE DER EMPFÄNGERINNE N UND EMPFÄNGER VON ARBEIT SLOSENGELD (ALG) II, SOZIALGELD UND VON LAUFENDER HILFE ZUM LEBENSUNTERHALT JE 1.000 EINWOHNERINNE N UND EINWOHNER



Daten: Beispielkommune

Energieverbrauch kommunaler Liegenschaften pro Quadratmeter genutzter Fläche in Kilowattstunden



DEFINITION UND BEZUG ZUR NACHHALTIGKEIT

Kommunen können in ihren Liegenschaften eine nachhaltige Entwicklung z. B. durch ein Energiemanagement vorantreiben, das Ressourcen und Finanzen spart und als Vorbild für die Bevölkerung dient.

Als Indikator dafür lässt sich der Energiebedarf (Wärme- und Stromverbrauch) in Kilowattstunden pro Quadratmeter genutzter Fläche (Bezugsfläche) und Jahr ermitteln. Die Richtlinienreihe des Vereins Deutscher Ingenieure VDI 3807 beschreibt das Verfahren zur Bestimmung von Verbrauchskennwerten für Gebäude.

ZUR DISKUSSION VON ZIELEN

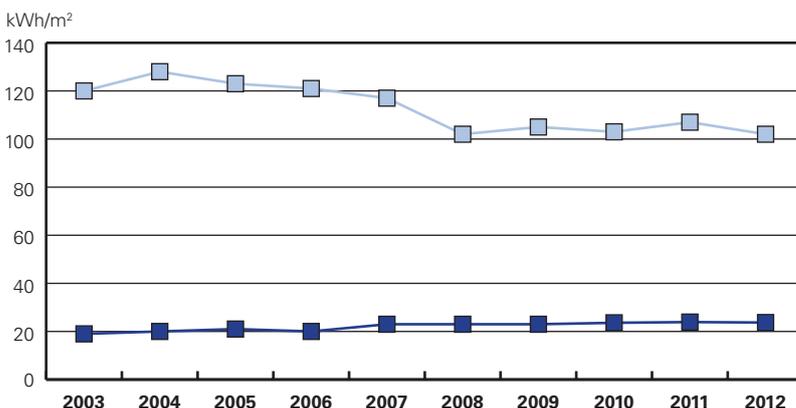
Laut VDI-Richtlinie 3807 gelten Verbrauchskennwerte für Gebäude in ihrer Gesamtheit und werden aus gemessenen Verbrauchswerten ermittelt, die dem Einfluss unterschiedlicher Größen unterliegen (z. B. baulicher Wärmeschutz, Benutzerverhalten, Nutzungsgrad der

Heizungsanlage). Die Richtlinie dient dazu, einheitliche Grundlagen für die Ermittlung und Interpretation von Verbrauchskennzahlen zu schaffen. Die Kennwerte können Energiesparpotenziale aufzeigen.

Laut Deutscher Energie-Agentur (dena) lassen sich mit folgenden geeigneten Maßnahmen große Einsparungen erzielen: Eine Sanierung der Gebäudehülle spart bis zu 90 % der Heizenergie, moderne drehzahlgeregelte Heizpumpen verbrauchen bis zu 50 % weniger Strom als konventionelle und mithilfe moderner Beleuchtungssysteme können bis zu 75 % der bisherigen Stromkosten eingespart werden.

ARBEITSANLEITUNG/QUELLEN

Die Richtlinienreihe VDI 3807 besteht aus fünf Blättern. Folgende Blätter sind relevant: Blatt 1: Grundlagen (z. B. die Bildung und Beurteilung von Verbrauchskennwerten), Blatt 2: Verbrauchskennwerte für Heizenergie und Strom, Blatt 4: Teilkennwerte für elektrische Energie und Blatt 5: Teilkennwerte für thermische Energie. Eine Liste der aktuell verfügbaren Blätter dieser Richtlinienreihe ist im Internet unter www.vdi.de/3807 abrufbar. Die Daten sind kostenpflichtig (ca. 100 Euro pro Blatt). Die Daten lassen sich auch über die Kommunalverwaltung ermitteln und nach Gebäudegruppen (z. B. Mehrzweckhallen zusammen, Kindergärten zusammen, Schulen zusammen etc.) geordnet darstellen.



Daten: Beispielkommune

ENERGIEVERBRAUCH KOMMUNALER LIEGENSCHAFTEN PRO QUADRATMETER GENUTZTER FLÄCHE IN KILOWATTSTUNDEN

Anteil von Recyclingpapier am Papierverbrauch kommunaler Einrichtungen in Prozent

DEFINITION UND BEZUG ZUR NACHHALTIGKEIT

Für ein kommunales Nachhaltigkeitsmanagement bildet eine nachhaltige Beschaffung einen wesentlichen Bestandteil. Beispielhaft dafür steht die Verwendung von Recyclingpapier. Es verursacht in der Herstellung nicht nur etwa 15 % weniger Kohlendioxid, sondern ist auch eines der einfachsten Mittel, um Ressourcen zu schonen.

Als Indikator wird der Anteil von Recyclingpapier am Papierverbrauch der kommunalen Einrichtungen erfasst.

ZUR DISKUSSION VON ZIELEN

Entgegen dem Trend, immer mehr elektronisch zu lesen und zu kommunizieren, werden in deutschen Büros insgesamt noch immer etwa 60 Tonnen Papier pro Stunde verbraucht. Auch nach jahrzehntelangen Recyclingkampagnen ist das allermeiste davon aus Frischfaser. Eine Umstellung auf 98 % Recyclingpapier wird für machbar und anstrengenswert eingeschätzt. Die Verwendung von Recyclingpapier in öffentlichen Einrichtungen geht auch mit einer Vorbildfunktion für andere Einrichtungen und Privatpersonen einher. Darüber hinaus ist insbesondere eine Verwendung von zertifiziert recyceltem Papier – etwa Papier mit dem Gütesiegel „Blauer Engel“ – sinnvoll. Zudem sollte neben dem verwendeten Papier in den Büros auch beim externen Druck von Broschüren etc. darauf geachtet werden, eine umweltorientierte Druckerei zu beauftragen, die mit Recyclingpapier druckt.



Seit 2008 erhebt die Initiative „Pro Recyclingpapier“ jährlich Daten über den Recyclinganteil in deutschen Städten ab 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner. 2013 haben drei Viertel der 120 Städte teilgenommen und dabei einen Recyclinganteil von 80,5 % erzielt. Damit sparten die teilnehmenden Städte insgesamt soviel Wasser ein, wie 3,5 Millionen Haushalte jährlich verbrauchen, und soviel Strom, wie 26.000 Haushalte im Jahr benötigen.

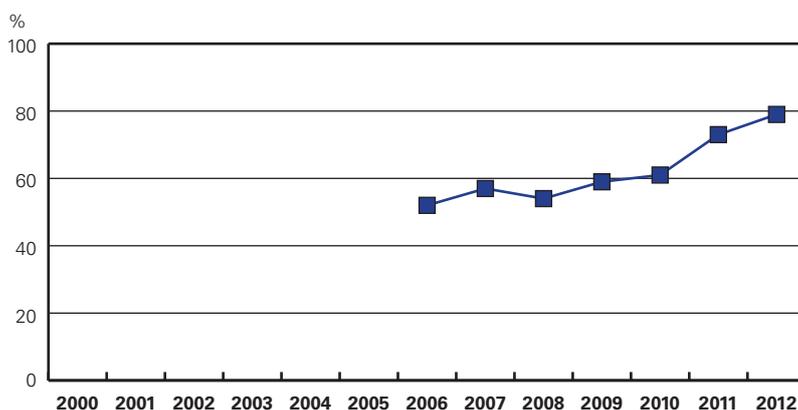
ARBEITSANLEITUNG/QUELLEN

Benötigt wird die Menge an Recyclingpapier und der Papierverbrauch insgesamt in allen kommunalen Einrichtungen, die jeweils einzeln erfasst werden müssen. Aus der Summe der Einzelwerte kann dann der Gesamtanteil gebildet werden.

Berechnung:

$(\text{Anzahl Recyclingpapier} / \text{Anzahl gesamtes Papier}) \times 100$

ANTEIL VON RECYCLINGPAPIER AM PAPIER-
VERBRAUCH KOMMUNALER EINRICHTUNGEN
IN PROZENT



Daten: Beispielkommune



DEFINITION UND BEZUG ZUR NACHHALTIGKEIT

Der Abbau bestehender und die Vermeidung neuer Schulden ist für eine nachhaltige Kommunalpolitik zentral. Ein ausgeglichener Haushalt und der Schuldenabbau zugunsten kommender Generationen sind dabei wichtige Ziele.

Erfasst werden als Indikator die kommunalen Schulden: Das sind alle am Ende eines Jahres bestehenden Schulden bei Kreditinstituten, Versicherungen, Bausparkassen, der Sozialversicherung sowie im Ausland direkt aufgenommene Darlehen. Dazu gehören auch Wertpapierschulden der Gebietskörperschaften.

ZUR DISKUSSION VON ZIELEN

Der Abbau bestehender und die Vermeidung neuer Schulden ist für eine nachhaltige Kommunalpolitik zentral. Die kommunalen Schulden der Kernhaushalte

betragen 2012 in Baden-Württemberg 6,06 Milliarden Euro. In Baden-Württemberg sind zwar die Pro-Kopf-Schulden am Kernhaushalt die niedrigsten im Ländervergleich, allerdings liegt das Bundesland durch hohe Werte der Schulden in den sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU), die nicht in den Kernhaushalt gerechnet werden, leicht über dem Gesamtdurchschnitt.

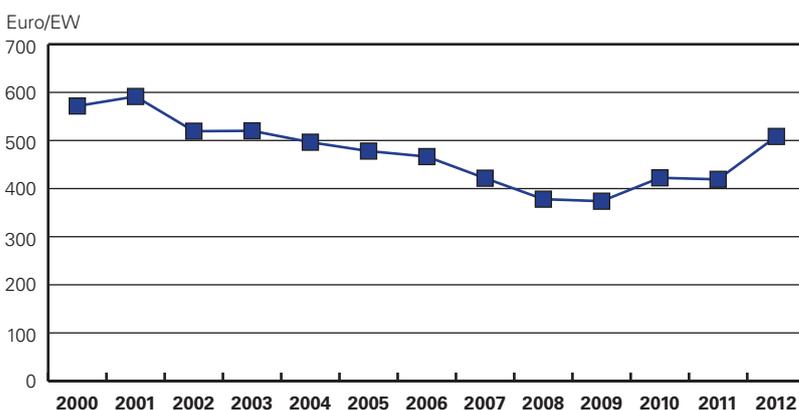
Kommunale Schulden können Auswirkungen auf die Leistungen an Sozialhilfeempfänger und Obdachlose, die Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen und staatliche Aufwendungen haben.

Je kleiner eine Kommune ist, desto stärker fallen ungeplante Kosten (beispielsweise Schulsanierungen, Asbestbeseitigungen etc.) ins Gewicht. Im Sinne der nachhaltigen Kommunalentwicklung sollte jede Ausgabe auch nach ökologischen und sozialen Standards bewertet werden.

ARBEITSANLEITUNG/QUELLEN

Daten zu den öffentlichen Finanzen für die Kommunen liegen beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg vor:

[www.statistik.baden-wuerttemberg.de/
UmweltVerkehr/Kommunale_Nachhaltigkeit/](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/UmweltVerkehr/Kommunale_Nachhaltigkeit/)



Daten: Beispielkommune

KOMMUNALE SCHULDEN PRO EINWOHNERIN UND EINWOHNER

Wahlbeteiligung bei Wahlen zur Kommunalvertretung (Ortschaftsräte, Gemeinderäte, Kreistage) und bei Bürgermeisterwahlen in Prozent

DEFINITION UND BEZUG ZUR NACHHALTIGKEIT

Die Höhe der Wahlbeteiligung gilt als Maß für Demokratiebewusstsein bzw. demokratisches Engagement.

Die Wahlbeteiligung als Indikator ermittelt sich als Prozentsatz der Wahlberechtigten, die sich mit gültiger oder ungültiger Stimme an der Wahl beteiligt haben.

ZUR DISKUSSION VON ZIELEN

Kommunalpolitik sollte so interessant sein, dass sich die breite Mehrheit oder mindestens so viele Wahlberechtigte wie bei den Bundes- und Landtagswahlen mit ihrer Stimme beteiligen. Bei der Bundestagswahl 2009 lag die Wahlbeteiligung bei 72,4 % und bei der Landtagswahl 2011 bei 66,3 %. An den Kommunalwahlen beteiligte sich inzwischen meist nur noch jeder Zweite in Baden-Württemberg. Während in den 1990er Jahren noch Durchschnittswerte zwischen 70 % und 80 % erreicht wurden, ist seit den Wahlen im Jahr 1999 ein deutlicher Trend hin zur 50 %-Marke zu erkennen. Die Beteiligung variiert relativ stark zwischen den Kreisen. Interesse und Vertrauen in die Kommunalpolitik und der persönliche Kontakt zu den Kandidatinnen und Kandidaten fördern die Wahlbeteiligung. Außerdem beteiligen sich an Kommunalwahlen insbesondere Menschen, die sich mit dem Wohnort verbunden fühlen und zum Beispiel in Verbänden und Vereinen engagiert sind.



ARBEITSANLEITUNG/QUELLEN

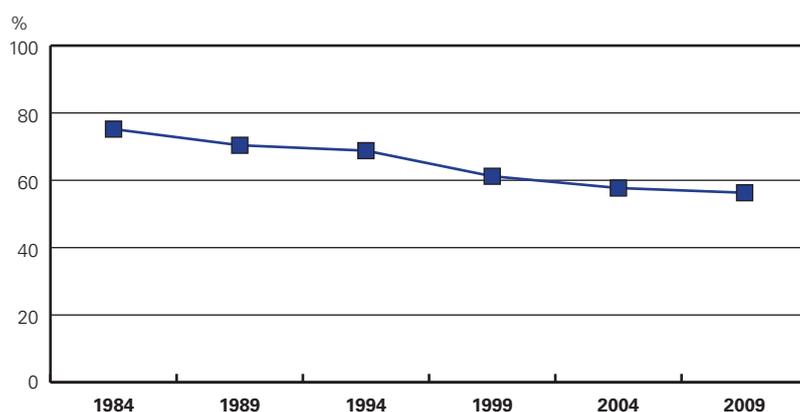
Die Daten für die Wahlen zur Kommunalvertretung sind über das Statistische Landesamt Baden-Württemberg verfügbar:

www.statistik.baden-wuerttemberg.de/

[UmweltVerkehr/Kommunale_Nachhaltigkeit/](#)

Daten zur Bürgermeisterwahl sind bei den Kommunalverwaltungen erhältlich.

WAHLBETEILIGUNG BEI WAHLEN ZUR KOMMUNAL- VERTRETUNG UND BEI BÜRGERMEISTERWAHLEN IN PROZENT



Daten: Beispielkommune

Anzahl der Bürgerversammlungen nach Gemeindeordnung



eine Bürgerversammlung einberufen. Bürgerversammlungen sind weltweit ein Instrument des kommunalen Lebens. Ziel ist ein direkter Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern mit der Kommunalverwaltung, um für das Gemeinwesen wichtige Fragen zu besprechen. Bürgerinnen und Bürger haben dabei die Möglichkeit, gezielt Fragen und Wünsche an die Verwaltung zu richten. Bürgerversammlungen können zu unterschiedlichen Themenbereichen abgehalten werden. Sie fördern die Transparenz öffentlicher Vorhaben, verbessern die Kommunikation und schaffen somit Vertrauen innerhalb der Bevölkerung. Zudem fördern sie die partizipative Beteiligung der Öffentlichkeit und beugen Konflikten vor.

DEFINITION UND BEZUG ZUR NACHHALTIGKEIT

Eine zukunftsfähige Entwicklung der Kommune ist nur mit einer umfassenden Beteiligung der Bevölkerung an den politischen Entscheidungen möglich. Die Gemeindeordnung für Baden-Württemberg empfiehlt u. a. im § 20 a Bürgerversammlungen, die der Gemeinderat in der Regel einmal im Jahr oder nach Bedarf anberaumt und die auch von der Bürgerschaft beantragt werden können. Dort sollen wichtige Gemeindeangelegenheiten mit den Einwohnerinnen und Einwohnern erörtert werden.

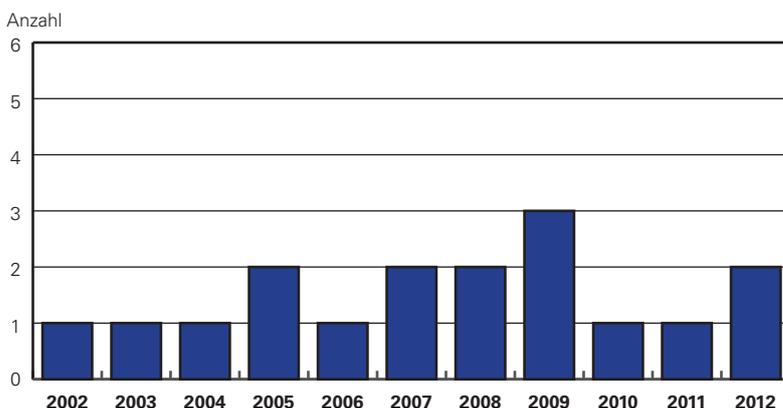
ARBEITSANLEITUNG/QUELLEN

Die Daten liegen bei der jeweiligen Kommunalverwaltung vor. Der Text der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg findet sich u. a. unter www.dejure.org/gesetze/GemO

Erfasst wird die Anzahl der Bürgerversammlungen nach Gemeindeordnung in der Kommune pro Jahr.

ZUR DISKUSSION VON ZIELEN

Die Empfehlungen der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg bieten einen Anhaltspunkt. Der Gemeinderat sollte bei Bedarf oder mindestens einmal im Jahr



Daten: Beispielkommune

ANZAHL DER BÜRGERVERSAMMLUNGEN NACH GEMEINDEORDNUNG

Zahl der eingetragenen Vereine pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner

DEFINITION UND BEZUG ZUR NACHHALTIGKEIT

Eine vielfältige Vereinsstruktur und bürgerschaftliches Engagement zeichnen eine lebendige Kommune aus und bereichern sie um vielfältige Leistungen zum Wohle und Nutzen der Bevölkerung. Ferner geben sie Gelegenheit zur Teilhabe.

Als Indikator wird die Anzahl der bei der Kommunalverwaltung erfassten Vereine auf die Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner (EW) bezogen.

ZUR DISKUSSION VON ZIELEN

Es ist nicht leicht, ein Maß für ehrenamtliches Engagement zu finden. Die Anzahl an Vereinen lässt noch keine Aussage über die Mitgliedergröße, die Aktivität der Mitglieder und über die von ihnen investierte Zeit und Energie zu. Da allerdings etwa zu den geleisteten Stunden keine flächendeckenden Daten verfügbar sind, wird hier lediglich die Anzahl der eingetragenen Vereine in einer Kommune betrachtet. Hier lässt sich aufgrund der genannten Unschärfe allerdings kein Zielwert setzen, wie viele Vereine in einer Kommune gemessen an einer bestimmten Zahl der Einwohner vorhanden sein sollten. Allerdings bietet ein Blick auf die Entwicklung der Anzahl in den letzten Jahren einen gewissen Anhaltspunkt.

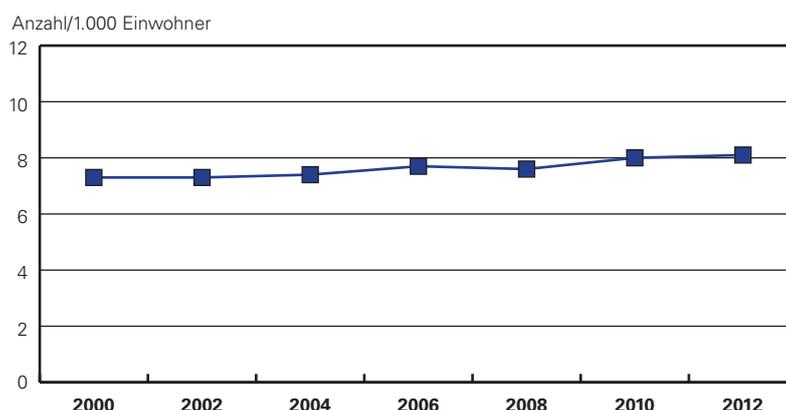


Nach der fünften bundesweiten Erhebung der V&M Service GmbH 2011, einer bundesweiten Erhebung zur Vereinsstatistik, in der die Vereinsregister analysiert wurden, waren in Deutschland 580.298 Vereine aktiv. Dies bedeutet, dass pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner sieben Vereine eingetragen sind (5 % mehr als 2008). Insbesondere in den Bereichen Umwelt, Tierhilfe, Menschenrechte und Kultur sind anteilmäßig mehr Vereine gegründet worden.

ARBEITSANLEITUNG/QUELLEN

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg verweist bei diesem Indikator auf das Registerportal der Länder. Dort liegen die Vereinsdaten pro Kommune allerdings nicht vor. Die Anzahl der Vereine kann also nur direkt durch die Kommunalverwaltung ermittelt werden.

ZAHLE DER EINGETRAGENEN VEREINE
PRO 1.000 EINWOHNERINNEN UND EINWOHNER



Daten: Beispielkommune



Kapitel 4

Service und Quellen

4.1

Unterstützungsangebote der Kommunalen Initiative Nachhaltigkeit

Die Kommunale Initiative Nachhaltigkeit bietet für Kommunen eine Reihe von Unterstützungsangeboten zu kommunalen Nachhaltigkeitsberichten an. Hier stellen wir Ihnen eine Auswahl der wichtigsten Angebote vor:

MUSTER-NI-BERICHT FÜR KOMMUNEN

Die Kommunale Initiative Nachhaltigkeit bietet Musterdokumente auf Basis von MS-Word und MS-Excel zum Herunterladen an, um kommunale Nachhaltigkeitsberichte zu erstellen.

www.nachhaltigkeitsstrategie.de/kommunen

- Beratung zur Verankerung von Nachhaltigkeit in der Verwaltung (externe Beratung max. 30 Stunden zum Stundensatz von 60 Euro)
- Begleitung regionaler Nachhaltigkeitsprozesse (externe Beratung max. 80 Stunden zum Stundensatz von 60 Euro)

WORKSHOPS NI-BERICHT

Die Kommunale Initiative Nachhaltigkeit bietet Workshops zu NI-Berichten an. Hier erhalten Kommunen eine Einführung in die Erstellung eines NI-Berichts mithilfe eines Musternachhaltigkeitsberichtes.

PILOTPROJEKT „VERSTETIGUNG VON KOMMUNALEN NACHHALTIGKEITSPROZESSEN AUF DER BASIS VON NI-BERICHTEN“

Das Projekt basiert auf Gruppenschulungen, sogenannten „Konvois“, an denen mehrere Kommunen gemeinsam teilnehmen. Es umfasst folgende Bausteine:

- Erstellen eines ersten NI-Berichts
- Durchführung einer NI-Werkstatt mit Beteiligung der Bürgerschaft und Zieleprozess
- Erstellung eines weiteren N-Berichtes

Das Projekt wird mit der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen (HfWU) durchgeführt. Bis zu 50 Kommunen können sich für die Teilnahme melden. Kosten entstehen den Kommunen nur in Höhe eines Eigenbeitrags von 750,- Euro für die Teilnahme an dem gesamten mehrjährigen Projekt.

FÖRDERUNG UND BERATUNG IN DEN KOMMUNEN

Zur Unterstützung kommunaler Nachhaltigkeitsprozesse werden folgende Beratungen gefördert:

- Beratung zur Nutzung und Abstimmung von Leitsätzen, Zielen, Indikatoren (externe Beratung max. 20 Stunden zum Stundensatz von 60 Euro)
- Begleitung umfassender Nachhaltigkeitsprozesse (externe Beratung max. 50 Stunden zum Stundensatz von 60 Euro)

NACHHALTIGKEITSWERKSTÄTTEN IN KOMMUNEN UND LANDKREISEN

Wie können Verwaltung, Politik, Bürgerschaft und örtliche Akteure zusammen Nachhaltigkeit in Kommunen gestalten? Welche Ziele und Leitbilder braucht die Kommune für eine nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung? NI-Werkstätten sind ein geeignetes Mittel, um diese Fragen in Kommunen und Landkreisen zu klären. Die LUBW fördert Kommunen und Landkreise bei der Durchführung von „Nachhaltigkeitswerkstätten“ mit einem Zuschuss zu den Moderationskosten in Höhe von bis zu 1.500 Euro.

NI-MODERATOREN-FORTBILDUNG

Im Rahmen von Workshops und anderen Projekten mit Bürgerbeteiligung sind immer wieder Experten gefragt, die die Moderation von Veranstaltungen zum Thema nachhaltige Kommunalentwicklung übernehmen. Aus diesem Grund bietet die Kommunale Initiative Nachhaltigkeit Moderatoren-Fortbildungen für kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an.

Weitere Informationen gibt es beim

Büro für kommunale Nachhaltigkeit der LUBW
(Nachhaltigkeitsbüro)
Tel. 0721 5600-1406
E-Mail: nachhaltigkeitsbuero@lubw.bwl.de
Internet: www.lubw.baden-wuerttemberg.de
(Navigation: Themen, >Nachhaltigkeit)

4.2

Adressen und Ansprechpartner

LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg

Nachhaltigkeitsbüro
 Postfach 10 01 63, 76231 Karlsruhe
 Tel. 0721 5600-1406
 E-Mail: nachhaltigkeitsbuero@lubw.bwl.de
 Internet: www.lubw.baden-wuerttemberg.de
 (Navigation: Themen, >Nachhaltigkeit)

Das Nachhaltigkeitsbüro der LUBW als Einrichtung der Landesnachhaltigkeitsstrategie unterstützt Aktivitäten für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort. Für Indikatoren und Nachhaltigkeitsberichte etwa werden ein Musternachhaltigkeitsbericht, weitere Ergänzungsmodule für kommunale Indikatoren, Workshops und Beratungen sowie die Förderung von Nachhaltigkeitswerkstätten zur Diskussion von Nachhaltigkeitsberichten in den Kommunen angeboten.

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsstrategie
 Kernerplatz 9, 70182 Stuttgart
 Tel.: 0711 126-2660 oder -2941
 E-Mail: nachhaltigkeitsstrategie@um.bwl.de
 Internet: www.nachhaltigkeitsstrategie.de

Die Geschäftsstelle betreut und koordiniert die auch im Leitfaden beschriebenen Aktivitäten der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg, in deren Rahmen auch die „Kommunale Initiative Nachhaltigkeit“ mit ihrem breiten Unterstützungsangebot für Kommunen umgesetzt wird.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Str. 68, 70199 Stuttgart
 Tel.: 0711 641-0, Fax: -24 40
 E-Mail: Poststelle@stala.bwl.de
 Internet: www.statistik-bw.de

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg bietet einen Datenservice für ausgewählte kommunale Nachhaltigkeitsindikatoren an. Darüber hinaus stellt das Statistische Landesamt mit dem Landesinformationssystem (LIS) als Datenquelle auf seinen Internetseiten Informationen für alle wichtigen Lebensbereiche kostenlos zur Verfügung. Die Daten aus der Struktur- und Regionaldatenbank (SRDB) können als Tabelle für Gemeinden des Landes, für jeden Stadt- bzw. Landkreis, für alle Regionen und Regierungsbezirke und auch für das Land Baden-Württemberg abgerufen werden.

Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST)

Institut für interdisziplinäre Forschung
 Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg
 Tel.: 06221 9122-0, Fax: 06221 167257
 E-Mail: hans.diefenbacher@fest-heidelberg.de
rike.schweizer@fest-heidelberg.de
volker.teichert@fest-heidelberg.de
 Internet: www.fest-heidelberg.de

Der Arbeitsbereich Nachhaltige Entwicklung der FEST hat den vorliegenden Leitfaden entwickelt und bietet Hilfestellung bei der Umsetzung des Leitfadens in kommunale Nachhaltigkeitsberichte an.

HfWU Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen

Institut für Landschaft und Umwelt (ILU)
 Hausanschrift: Hechinger Straße 12, 72622 Nürtingen
 Postanschrift: Postfach 1349, 72603 Nürtingen
 Tel.: 07022 201-263, Fax: 07022 201-283
 E-Mail: markus.roehl@hfwu.de
 Internet: www.hfwu.de/ILU

Das ILU bearbeitet Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie Dienstleistungsaufgaben in den Bereichen Landschaftsarchitektur, Landschaftsplanung, Natur- und Umweltschutz. Ein weiterer Schwerpunkt besteht darin, Kommunen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung zu unterstützen und die Verstetigung nachhaltiger Prozesse in Kommunen voran zu treiben.



Bildnachweis

Titelbild: © Julien Eichinger - Fotolia.com
Seite 6: © Daniel Coulmann - Fotolia.com
Seite 9: © Martin Stollberg
Seite 10: © Martin Stollberg
Seite 12/13: © artjazz - Fotolia.com, © Robert Kneschke - Fotolia.com
Seite 16: © Dmitry Naumov - Fotolia.com
Seite 19: © artjazz - Fotolia.com
Seite 21: © Robert Kneschke - Fotolia.com
Seite 23: © Robert Kneschke - Fotolia.com
Seite 24: © Tim Reckmann/PIXELIO
Seite 26/27: © donfiore - Fotolia.com
Seite 28: © Grzegorz Polak - Fotolia.com
Seite 29: © Rainer Sturm/PIXELIO
Seite 30: © Benjamin Klack/PIXELIO
Seite 31: © Michael Lorenzet/PIXELIO
Seite 32: © siepmannH/PIXELIO
Seite 33: © Smileus - Fotolia.com
Seite 34: © Klaus-Uwe Gerhardt/PIXELIO
Seite 35: © Lindas Fotowelt/PIXELIO
Seite 36: © Rainer Sturm/PIXELIO
Seite 37: © Halina Zaremba/PIXELIO
Seite 38: © Petra Bork/PIXELIO
Seite 39: © olga meier-sander/PIXELIO
Seite 40: © Claudia Hautumm/PIXELIO
Seite 41: © Gebhart Gruber/PIXELIO
Seite 42: © Rainer Sturm/PIXELIO
Seite 43: © Bernhard Pixler/PIXELIO
Seite 44: © Rido - Fotolia.com
Seite 45: © Andreas Morlok/PIXELIO
Seite 46: © Petra Dirscherl/PIXELIO
Seite 47: © jopix - Fotolia.com
Seite 48: © Gina Sanders - Fotolia.com
Seite 49: © Thomas Siepmann/PIXELIO
Seite 50: © Dmitry Vereshchagin - Fotolia.com
Seite 51: © Paulwip/PIXELIO
Seite 52: © Gajus/PIXELIO
Ausklapper hinten: © Martin Stollberg, © vege - Fotolia.com



Die Kommunale Initiative Nachhaltigkeit

Bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg spielen Landkreise, Städte und Gemeinden eine zentrale Rolle. Denn in den Landkreisen und Kommunen bündeln sich nahezu alle Themen nachhaltiger Entwicklung. Im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg trägt die „Kommunale Initiative Nachhaltigkeit“ dazu bei, nachhaltiges Handeln fest in den Kommunen zu verankern.

Die Kommunale Initiative Nachhaltigkeit unterstützt Kommunen bei der Einführung eines eigenen Nachhaltigkeitsmanagements und verknüpft deren Aktivitäten im Bereich Nachhaltigkeit mit denen des Landes. So soll eine immer größer werdende Vernetzung nachhaltigen Engagements sowohl auf landes- wie auch auf kommunaler Ebene entstehen.

GESCHÄFTSSTELLE NI-STRATEGIE

In der Geschäftsstelle der Nachhaltigkeitsstrategie laufen die Fäden der Nachhaltigkeitsstrategie (NI-Strategie) des Landes Baden-Württemberg zusammen. Die Geschäftsstelle unterstützt die Landesregierung bei der Umsetzung der NI-Strategie strategisch und konzeptionell.

NACHHALTIGKEITSBÜRO DER LUBW (NI-BÜRO)

Die Umsetzung der Kommunalen Initiative Nachhaltigkeit erfolgt durch das Nachhaltigkeitsbüro der LUBW, in enger Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium. Das NI-Büro stellt die zentrale Anlaufstelle für Kommunen und Initiativen im Hinblick auf eine kommunale Nachhaltigkeitsentwicklung dar. Es bietet den Kommunen und Initiativen eine praxisnahe Hilfestellung und unterstützt sie bei der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung vor Ort.

Strategische Themen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung sind:

- Nachhaltigkeitsberichte und -indikatoren
- Nachhaltigkeits-Management-Zyklus
- Nachhaltigkeitschecks
- nachhaltige Beschaffung in Kommunen
- Umweltmanagement
- Ansätze für ein umfassendes Nachhaltigkeitsmanagement in der Kommunalverwaltung
- Anpassen von Kommunikationsstrukturen
- Aktionen zur Aktivierung der Bevölkerung für eine nachhaltige Entwicklung
- Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement für eine nachhaltige Entwicklung

Hier gibt das NI-Büro Hilfestellung durch:

- Workshops und Veranstaltungen
- Fortbildungsangebote
- Homepage mit vielen Downloads
- Publikationen zu Schwerpunktthemen (z. B. Produktwegweiser)
- Newsletter mit aktuellen Informationen
- Erstberatung und Prozessbegleitung
- Förderprogramme
- NI-Werkstätten
- Erfahrungsaustausch und Vernetzung



Nachhaltigkeitsberichte des Landes Baden-Württemberg

Baden-Württemberg setzt Zeichen. Die Landesregierung hat sich vorgenommen, Nachhaltigkeit in allen Politikbereichen zu verwirklichen. Nachhaltigkeit soll zentrales Entscheidungskriterium des politischen Handelns sein.

Als erstes Bundesland hat Baden-Württemberg zu Beginn des Jahres 2015 Nachhaltigkeitsberichte aller Landesministerien vorgelegt. Diese Berichte sind einerseits Ausdruck eines Lernprozesses: Was bedeutet es, wenn Nachhaltigkeit nicht mehr nur übergeordneter Begriff bleibt, sondern ganz konkret politisch umgesetzt werden soll? Die Nachhaltigkeitsberichte dienen andererseits aber auch der Kommunikation: Das Land möchte zeigen, welche Anstrengungen unternommen werden, um die nachhaltige Entwicklung voranzutreiben.

In den Nachhaltigkeitsberichten wird geschildert, welche Ziele nachhaltiger Entwicklung sich die Ministerien in ihrem Politikbereich für die nächsten Jahre gesetzt haben, was bislang schon erreicht wurde und wo es noch Handlungsbedarf gibt. Zudem werden Maßnahmen benannt, mit deren Hilfe diese Ziele realisiert werden sollen. Diese Ziele sind sehr konkret: Sie sind messbar und nachprüfbar formuliert, ebenso wie die Maßnahmen, die zu ihrer Umsetzung ergriffen werden.

Die Nachhaltigkeitsberichte der Landesregierung sind zur Nachahmung empfohlen, denn Nachhaltigkeitsberichterstattung soll in möglichst viele Bereiche von Politik und Verwaltung Einzug halten.

Alle Nachhaltigkeitsberichte der Landesregierung finden Sie im Internet unter:

www.nachhaltigkeitsstrategie.de

Wählen Sie dort den Menüpunkt „informieren“ und den Untermenüpunkt „Landesverwaltung“. Dort finden Sie die Rubrik „Nachhaltigkeitsberichte“.



Beteiligung

Unterstützung

Vernetzung

N!  Nachhaltig handeln
Baden-Württemberg

NACHHALTIGKEITSSTRATEGIE BADEN-WÜRTTEMBERG

Nachhaltig handeln heißt, nicht auf Kosten von Menschen in anderen Regionen der Erde zu leben oder die Erfüllung der Bedürfnisse zukünftiger Generationen zu gefährden. Wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte sind gleichermaßen zu berücksichtigen. Dabei bildet die Belastbarkeit der Erde und der Natur die absolute Grenze: Ein Rückgang an natürlichen Ressourcen, also der Abbau von Rohstoffen oder der Verlust natürlicher Lebensräume, kann nicht durch steigendes Kapital in einem der anderen Bereiche ausgeglichen werden.

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, Nachhaltigkeit zum zentralen Entscheidungskriterium der Landespolitik zu machen und gleichzeitig eine Plattform zu bieten, um Fragen nachhaltiger Entwicklung in Kooperation mit den gesellschaftlichen Akteuren anzugehen. Für die nachhaltige Entwicklung Baden-Württembergs besonders relevante Zielgruppen werden im Rahmen zielgruppenspezifischer Initiativen eingebunden. Mit der Kommunalen Initiative Nachhaltigkeit soll nachhaltiges Handeln fest in den Kommunen verankert und eine größere Vernetzung mit der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes erreicht werden.

Die Kommunale Initiative Nachhaltigkeit wird vom Nachhaltigkeitsbüro der LUBW in enger Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium umgesetzt.

Folgende Elemente stehen hier im Fokus:

- Nachhaltigkeitsindikatoren und -berichte
- kommunale Beschaffung unter Nachhaltigkeitsaspekten
- Begleitung von Prozessen nachhaltiger Kommunalentwicklung
- Energie- und Umweltmanagement in Kommunen
- Erfahrungsaustausch und Bürgerbeteiligung

MEHR INFOS

www.nachhaltigkeitsstrategie.de



Baden-Württemberg